

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Kämpferisch in die Zukunft blicken!



Foto: Herzog

Milch

Europas Milchbäuerinnen und -bauern stehen auf und machen mit Aktionen auf ihre schwierige Lage aufmerksam. Wahre Taten der Milchbauern, leere Worte der Politik und was passiert, wenn in der Schweiz die Milchquote wegfällt auf den **Seiten 12 – 14**

Gentechnik

Ein großer Erfolg für Bauern und Verbraucher. Der Genmais MON810 darf in Deutschland nicht angebaut werden. Das Verbot der Ministerin, die Lücke in der Kennzeichnungspflicht und gentechnikfreie Futtermittel auf den **Seiten 3, 16-17**

Tierhaltung

In den östlichen Bundesländern entstehen immer mehr industrielle Mastanlagen. Niedrige Preise sind nur eine Folge der Megaställe. Von Problemen auf dem Schweinemarkt und dem Kampf der Bürgerinitiativen gegen Großställe auf den **Seiten 7 und 10**

Die Seite 3

Wenn Bauern und Bürger Politikern keine Wahl lassen. 3

Agrarpolitik

Intransparenz schützt die Abzocker. 4

Nach uns die Sinnflut 5
Jedes Atommüll-Lager hat seine Schwächen

Milch

Zulassung beantragen. 6

Wenige handwerkliche Fleischverarbeiter haben die EU-Zulassung

Großställe und Niedrigpreise. 7

Bewegung

Bauern und Molkereien in der Zukunft 8

Märkte

Gegen Straathofs Riesenferkelei 10

Vom Kampf der Bürgerinitiative „Leben am Tollensetal“

Schwerpunkt

20.000 Milchbauern auf der Straße. 11

Aktionen von Milchbäuerinnen und Bauern 12–13

In ganz Europa wird gegen niedrige Milchpreise demonstriert

Die Organisationen werden in Würgegriff genommen. 14

Ein Interview mit Werner Locher von Big M

Nachbau

„Monsanto will vollendete Tatsachen schaffen“. 15

Gentechnik

Die Kennzeichnungslücke muss geschlossen werden 16

GMO-freies Soja direkt aus dem Rotterdamer Hafen 16

Ihr Schwein Gehört mir! Zahlen Sie jetzt! 17

Hofportrait

In der Regenzeit wird die Milch noch schlechter bezahlt . . . 12

Weitere Themen

Aus Stall, Feld und Umfeld zu Besuch bei Anneke Jostes und Luise Wirsching, Seite 9; Leserbrief, Seite 19 und 20; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

„Die Welt bietet genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.“ Eine Äußerung von Mahatma Gandhi, die den Finger in die Wunde legt. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, aber auch die Krise in der Milcherzeugung ist zurückzuführen auf Habgier; mehr, mehr, mehr.

„Die wachsende Weltbevölkerung und der vorausgesetzte ständig wachsende Wohlstand – davon müssen wir profitieren“, dachte die Europäische Milchindustrie. Und intensivierte die Lobbyarbeit in Brüssel.

Auch das EuropeanMilkBoard und viele seiner Mitglieder, wie die Dutch Dairymen Board (DDB), haben auch ihre Kontakte in der EU genutzt, um mit Aktionen und guten Argumenten die Quotenerweiterung zu verhindern. Aber die Habgier hatte den gesunden Verstand schon ausgeschaltet; die Europäische Kommission war empfänglich für die vorausgesagten Goldenen Berge und teilte Anfang 2008 zwei Prozent extra Quote aus. „Ein glückliches neues Jahr!“, jubelte der niederländische Bauernverband, Politiker gratulierten einander.



Kommentar

solidarische Milchbauern

Ein Jahr später: Der Milchpreis ist total zusammengebrochen. Freund und Feind sind sich darüber einig, dass es zuviel Milch am Markt gibt.

Aus den Marktzahlen, die das DDB in Zusammenarbeit mit dem Produktschap Zuivel (analog der ZMP) sammelte, wird deutlich, dass eine geringe Überproduktion den Markt zerstört hat. Der Milchkonsum in der EU war nicht geringer als im Jahr zuvor und der Gewinn der Supermärkte bei Milchprodukten lag sogar höher als in den Vorjahren.

Katastrophal ist, dass die Rechnung des politischen und industriellen Versagens auf dem Tisch der Milcherzeuger gelandet ist.

Inzwischen haben das EMB und seine Mitglieder gute Arbeit geleistet: Kontakte zu gesellschaftlichen Organisationen geknüpft, mit Politikern, Agrarministern sowie Vertretern der EU-Kommission gesprochen. Und einen EMB-Krisenplan erarbeitet, der das Fiasko beenden kann.

Der Einfluss des EMB wächst, weil die Vision des EMB richtig war und ist.

Viele Europäer wollen einen anderen Kurs, einen fairen Kurs. In diese Denkweise passt die Vorgehensweise des EMB, der sich ‚fair‘ auf seine Fahnen geschrieben hat. „Vielleicht ist das nicht so ‚sexy‘, sinnierte ein Deutscher Milcherzeuger nach einer Podiumsdiskussion; „mit Disziplin das Angebot steuern, statt Konkurrenz mit den Kollegen. Aber der derzeitige Weg ist für keinen Milcherzeuger machbar“.

Wie die Titanic hat auch die neue Molkereipolitik der EU schon auf ihrer ersten Fahrt Schiffbruch erlitten. Weil auch bei der Politik die Konstruktion nicht stimmt und sie fast schon bewusst auf die Eisberge zusteuert.

Die Zahl der Unterstützer der Ziele des EMB's wächst, quer durch ganz Europa. Von Irland, Portugal und Spanien bis zu den Griechen, den Tschechen und den Slowaken. Denn auch in Osteuropa ist ein kostendeckender Milchpreis notwendig.

Eine Initiative, auf die man stolz sein kann, denke ich, wenn ich nur einige Jahren zurückblicke und betrachte, was wir, eine Handvoll europäischer Bauern, bisher schon alles erreicht haben: die Solidarisierung der europäischen Kollegen, die Thematisierung des Milchpreis in der Gesellschaft und ein wachsendes Selbstbewusstsein der Milcherzeuger ob ihrer eigenen, auch politischen, Bedeutung.

Das EMB steht für eine lebendige Milcherzeugung in Europa; den wunderschönen Sektor, der uns soviel Wert ist!

Siet van Keimpema, Vize-Präsidentin des EMB, Vorsitzende des DDB

Wer das EMB bei seinem Kampf für ein besseres, faires Milchpreissystem unterstützen will, der sollte jetzt Mitglied bei einer der nationalen Mitgliedsorganisationen werden. In Deutschland sind das der Bundesverband Deutscher Milchviehalter und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. In den Niederlanden sind es das Dutch Dairymen Board und das Nederlandse Melkveehouders Vakbond.

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marlene Herzog: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Claudia Schievelbein: 02381-9053173; Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper; Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Wenn Bauern und Bürger Politikern keine Wahl lassen

Aus wahltaktischen Überlegungen verbietet die Bundeslandwirtschaftsministerin den Genmais-Anbau

Plötzlich war es da! Das Verbot. Kein Genmais MON 810 mehr in Deutschland. „Ich habe heute Morgen veranlasst, dass das zuständige Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) eine Schutzklausel nach Paragraph 20 Absatz 3 Gentechnikgesetz und Artikel 23 der Freisetzungsrichtlinie 2001/18/EG verhängt“, so die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, am 14. April 2009. „Damit ist der Anbau von MON 810 in Deutschland verboten.“

Diesmal ist es ein Anbauverbot. Schon einmal gab es einen Vorstoß der CSU gegen den Genmais MON 810. Ende April 2007 hatte Horst Seehofer als damaliger Landwirtschaftsminister den Saatgutverkauf, zu einem Zeitpunkt, da das Saatgut längst zur Aussaat bei den Bauern war, verboten. Schon damals argumentierte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, dass nach aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen ein „berechtigter Grund zu der Annahme besteht, dass der Anbau von MON 810 eine Gefahr für die Umwelt darstellt“. Eine lange Haltbarkeit kann man Seehofers damaligen Aktivitäten allerdings nicht bestätigen. Schon im Herbst wurde der Verkauf wieder zugelassen. Der Gentechnikkonzern Monsanto war der Aufforderung der Behörde nach Vorlage eines Monitoringplans, wie ihn das EU-Recht bereits seit 2003 beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen vorsieht, nachgekommen. Dass das Unternehmen bei der Prüfung des eigenen Produkts keine negativen Einflüsse entdecken konnte verwundert indes nicht. Ein weiteres Kuriosum ist es, dass die Anbauzulassung für MON 810 bereits seit zwei Jahren ausgelaufen ist. Eine Neuzulassung ist zwar von Seiten des Unternehmens beantragt, aber noch nicht erteilt. Solange sieht das EU-Recht vor, darf der Mais weiter angebaut werden.

Kalt erwischt

Dass die Entscheidung aus dem Landwirtschaftsministerium genau zu diesem Zeitpunkt kommt, beweist ein Gespür für die Situation. Die Feiertage zum Anschleichen nutzend, war es der Landwirtschaftsministerin nach eigener Aussage nicht möglich gewesen, die Bundeskanzlerin vorab in ihre Entscheidung einzuweihen. Während von höchster politischer Stelle bisher keine Reaktion kam, kritisierte die Wissenschaftsministerin Anette Schavan, als ausgesprochene Befürworterin der Grünen Gentechnik, umgehend den Entschluss. Zudem kündigte sie an, den Forschungsetat für diese Technologien weiter auszubauen. Dass

auf Regierungsebene ein Hoheitskampf um das Thema Gentechnik entbrannt ist, zeigt sich in der Ankündigung der Forschungsministerin Ende Mai, mit einem Runden Tisch einen „längeren Dialog“ zu starten. „Es geht bei Zukunftstechnologien wie der grünen Gentechnik nicht nur um forschungspolitische Fragen, sondern um eine Wertedebatte mit weitreichenden Folgen. Diese Debatte werde ich auch führen“, sagte die CDU-Vize. Einladen will sie alle Akteure, darunter Verbände, Unternehmen, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen. Gespannt sein darf man indes, ob sich am Ende wirklich eine ausgewogene Runde in Berlin zusammenfindet.

Sieg der Bewegung

Vor allem die Vertreter der gentechnik-kritischen Umweltschutz-, Dritte Welt- und Landwirtschaftsorganisationen

werden von der Ministerin gerne als unsachlich und zu emotionalisiert hingestellt. Dabei ist es vor allem dem enormen Druck aus der zivilgesellschaftlichen Bewegung zu verdanken, dass es zum jetzigen Verbot kam. Die von Unzähligen oft ehrenamtlich geleistete Aufklärungsarbeit in Vorträgen und auf Diskussionsveranstaltungen vor Ort ist zu einer Macht angewachsen, die nicht mehr zu ignorieren ist. Ganz besonders deutlich zeigt sich die Stärke der Anti-Gentechnik-Bewegung im aktuellen Genmaisverbot. Auch wenn Frau Aigner ihre Entscheidung allein mit den Ergebnissen neuer wissenschaftlicher Studien aus Luxemburg begründet sehen will, so wird doch deutlich, dass ein nicht geringer Anteil des Verbots dem CSU-Wahlkampf in Bayern anlässlich der bevorstehenden Europawahl geschuldet ist. Der bayrische Umweltminister Söder hat längst begriffen, dass sich mit der Forde-

rung nach einem gentechnikfreien Bayern die sich im Rahmen der Milchpreisdiskussion von der Partei abgewendeten Bauern zumindest teilweise zurückgewinnen lassen. So ist auch zu erklären, dass Landeschef Horst Seehofer von seiner Nachfolgerin gleich noch ein Verbot der gentechnisch veränderten Kartoffel Amflora fordert. Ein vom Land selbst durchgeführter 10-jähriger Genmais-Freisetzungversuch wurde vorzeitig beendet. Dass es mit dem von der CSU herbeigesehnten Wahllargument „gentechnikfreies Bayern“ in diesem Jahr doch nichts werden könnte, ist die Schuld des Bundessortenamtes, das bereits vor zwei Jahren Monsanto weitere Freisetzungversuche im Freistaat genehmigte.

Saatgut ganz billig?

Monsanto indes gibt sich kämpferisch. Das Unternehmen hat beim Verwaltungsgericht Braunschweig Klage eingereicht und dringt auf eine Eilentscheidung bis Mitte Mai, dem spätesten Saattermin. Der Unternehmenssprecher droht derweil schon mal mit möglichen Schadensersatzforderungen in Höhe von ca. vier Millionen Euro, sollte es bei dem Verbot bleiben. Wie sich diese Summe zusammensetzt will er nicht erläutern. Die Saatgutkosten jedenfalls liegen deutlich niedriger. Nach Aussagen eines Landwirts gegenüber der Tageszeitung sowie des Landesbauernverbands Mecklenburg-Vorpommern beliefen sie sich auf 90 bis 100 €/ha. Damit wäre das Genmais-Saatgut nur etwa halb so teuer wie konventionelles Maissaatgut. Dass das Unternehmen sein innovatives high-tech Produkt zum Schleuderpreis absetzt, um die Landwirte zum Anbau zu bewegen, wollte der Firmensprecher nicht bestätigen.

Futtermittel nicht vergessen

Mit dem Verbot in Deutschland haben mittlerweile sechs Länder, Österreich, Ungarn, Griechenland, Frankreich und Luxemburg, von der Möglichkeit Schutzklausel Gebrauch gemacht. Anders als es Aigner und Schavan glauben machen wollen, geht es um viel mehr als eine Einzelfallentscheidung. Über 80 Prozent der Bevölkerung sind nach wie vor gegen Gentechnik in Lebensmitteln. Das aber lässt sich nur erreichen, wenn man auf einen Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen generell verzichtet. Die wirtschaftlichen Interessen von Agrarkonzernen können an dieser Stelle ruhig ignoriert werden. Im nächsten Schritt gilt es jetzt, das Verbot konsequent umzusetzen und auch die Importe gentechnisch veränderter Futtermittel zu unterbinden.



Mit einem Transparent am bayrischen Landtag für ein Genmaisverbot

Foto: Greenpeace

Bauernverband diffamiert Milchstreik

Mehrere Behauptungen von Vertretern des Bauernverbands (DBV) und der Milchwirtschaft zur Diffamierung des Milchstreiks halten einer Überprüfung nicht stand. Einige hat der Bund Deutscher Milchviehhalter (BDM) bereits widerlegt: So die Mär, durch den Streik hätten französische Molkereien den deutschen Molkereien die Belieferung der italienischen Märkte abgenommen. Nur vordergründig zutreffend ist auch die Behauptung, die Molkereien hätten infolge der kurzzeitigen Milchpreissteigerungen nachhaltig unter einem Rückgang des Milchverbrauchs zu leiden gehabt: Die abgesetzte Menge sank zwar etwas, aber wegen der überproportional gestiegenen Preise stiegen die monetären Umsätze.

Durch eine Umfrage der *Unabhängigen Bauernstimme* bei den wichtigsten Eiskrem-Herstellern wird jetzt auch die Behauptung widerlegt, infolge der „zu hohen“ Milchpreise im Herbst 2007 und wegen der Knappheit während des Milchstreiks hätten die deutschen Eisfabrikanten in ihren Rezepturen Milchfett durch Pflanzenfett ersetzt. Die Firma Schöller (Nestle-Gruppe) betont, dass sie pflanzliche Fette bereits vor dem Herbst 2007 verwendet habe. Langnese (Unilever) hat seine Eiskrem-Rezepte ebenfalls nicht umgestellt. Auch der Handelsmarken-Hersteller Roncadin (u.a. „Landliebe“, „Käpt'n Cool“, „Nasch“, „Botterbloom“) kann eine relevante Umstellung nicht bestätigen. Und die Firma Mars betont sogar ausdrücklich, dass für ihr Eis nur Sahne und Milch verwendet wird. Dies hat uns auch die Unternehmensgruppe Humana in Bezug auf ihr „Sanobub“-Eis bestätigt. *en*

Deutsche Milchbauern wollen Quotenregelung

94 Prozent der deutschen Milchviehhalter befürworten eine Quotenregelung zur Steuerung der Milchproduktion - auch über das Jahr 2015 hinaus. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstitut TNS-Infratest unter deutschen Milchviehhaltern. Die Ergebnisse der vom Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM) in Auftrag gegebenen Umfrage sind eindeutig. Sollten die zur Zeit katastrophal niedrigen Milchpreise nicht bald steigen, werden laut der Studie 53 Prozent der deutschen Milchbauern in Deutschland binnen zwölf Monaten die Produktion einstellen. Weitere acht Prozent sehen nur noch einen Spielraum von einem halben Jahr für ihre Betriebe, fünf Prozent sogar nur drei Monate. Etwa zwei Drittel der Milchviehhalter schätzen ihre wirtschaftliche Lage als „eher schlecht“ ein. Nicht einer der Befragten geht von einer finanziellen Erholung seines Hofes in den nächsten Monaten aus. Laut der Studie ist die Enttäuschung der Milchbauern über die Politik groß. Bei einer Bundestagswahl würden zur Zeit nur 23 Prozent die Union wählen. Der FDP gäben 15 Prozent der Milchbauern ihre Stimme, den Grünen sechs, den Linken drei und der SPD ein Prozent. *mh*

Müntes Dickmilchprämie

Im Radiosender NDR2 hat das Stimmendouble „Münthe“ anstatt des original SPD-Vorsitzenden anlässlich des Milchgipfels eigene Vorschläge dazu unterbreitet, wie das Problem der schlechten Rendite für die Arbeit der Milchbauern zu lösen sei. Analog zu den „bad banks“ für die notleidenden Banken solle man „bad molkereien“ gründen und dort die Überschüsse parken bzw. vernichten. Auch eine der Abwrackprämie vergleichbare „Dickmilchprämie“ könne dazu dienen, die Käufer mit 25 Euro zu belohnen, wenn sie zehn Kilogramm alter Dickmilch in neue Dickmilch tauschen würden. „Münthe“ rief die Bauern dazu auf, SPD zu wählen. *en*

Gegen Quotenaufstockung

In Österreich soll die im Rahmen des Gesundheitschecks der EU-Agrarpolitik vorgesehene Aufstockung der nationalen Milchquoten um jährlich 1% bis 2014 ausgesetzt werden. Das hat Landwirtschaftsminister Niki Berlakovich Ende April beschlossen. Über die im Health Check vorgesehenen Quotenerhöhungen in den Jahren 2010/11 bis 2013/14 solle dann je nach Marktlage entschieden werden.

Auch Frankreichs Landwirtschaftsminister Michel Barnier hat sich vorerst gegen die Anhebung der Milchquote ausgesprochen. Nachdem im Sommer soll das Landwirtschaftsministerium die Marktlage überprüfen und entsprechend der Entwicklung über das weitere Vorgehen entschieden werden. Die Milcherzeugerpreise sind noch nie so niedrig gewesen, und alle Marktindikatoren seien im roten Bereich, sagte Barnier. *mh*

Kurzes am Rande

Intransparenz schützt die Abzocker

DBV will mit Neiddebatte industrielle Subventionsempfänger schützen

Es geht um Transparenz in jeder Beziehung, wenn einmal mehr die Debatte um die Offenlegung der Agrarsubventionen tobt. Denn durchsichtig wird an dem Thema erneut, wessen Interessen eigentlich der Bauernverband vertritt. Er instrumentalisiert die Bauern und Bäuerinnen, indem er eine vermeidliche Neiddiskussion bemüht, sie Klagen anstrengen lässt und damit auch die Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) ins Wanken bringt. Bei genauerem Durchdenken müsste ihr, wie auch den Bäuerinnen und Bauern auffallen, dass es kleinteiliges Getue ist, wenn der Nachbar dem Nachbarn im Internet in die Bücher guckt.

Debatte darum geführt werden, ob das der richtige Umgang mit seinem Geld ist. (Dazu passt jüngste Meldung, dass eine RWE-Tochter bis 2011 etwa 10.000 ha Land pachten will, um darauf schnellwachsende Energiegehölze anzupflanzen.) Diese Debatte will der Bauernverband offenbar verhindern, und spannt die vor seinen Karren, die eigentlich von ihr profitieren würden. Deshalb muss man froh sein, dass die landwirtschaftlichen Kläger vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster gescheitert sind. Als bislang einziges oberinstanzliches Gericht (es gibt unterschiedliche Entscheidungen von Verwal-



Lufthansa: tausende Euro Exportsubventionen für Essen auf Intercontinentalflügen Foto: J.-Reisig_pixelio

Was sieht er da schon groß? Dass der andere auch nicht so viel mehr aus Brüssel kriegt als er selbst, nicht wie geschickt oder ungeschickt er im Verkauf seiner Produkte ist. Interessant ist doch die Offenlegung der Agrarzahlen nicht im Hinblick auf die Bäuerinnen und Bauern, die, da sie sowieso die Betriebsgrößen der Nachbarn kennen, immer schon in der Lage waren, wenigstens überschlagsmäßig auszurechnen, was ein jeder von der EU kriegt. Nein, spannend wird es doch, wenn es um die bisher wohlweislich lieber im Undurchsichtigen operierenden Großunternehmen geht, die zum Teil sogar noch einen Großteil ihrer Gewinne ganz woanders machen. Agrarsubventionen für ihre landwirtschaftlichen Aktivitäten nehmen sie aber auch gerne mit. Auf ihre Offenlegung, auf die Offenlegung der Defizite der europäischen Agrarpolitik im Hinblick auf sie, zielt die Transparenzinitiative.

Lufthansa & RWE

Nur wenn dem Steuerzahler klar wird, dass auch die Lufthansa oder der Energiegigant RWE jährlich sechsstelligen Eurobeiträge aus Brüssel bekommen, wird eine

tungsgerichten mehrerer Bundesländer, meist haben diese aus datenschutzrechtlichen Gründen der Klage stattgegeben) haben die Richter in Münster das Recht auf Information höher gestellt, als die eventuellen Datenschutzbedenken. Da mag auch eine Rolle spielen, dass der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Peter Schaar, sich in die gleiche Richtung geäußert hatte. Trotz allem untersagte Ilse Aigner den Bundesländern zunächst, die Zahlen ab 30.4. ins Internet zu stellen und zog sich damit neben dem Unmut einiger Länderminister auch das Unverständnis der EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer-Boel zu. Sie stellte unmissverständlich klar, dass in Deutschland wie in allen anderen EU-Ländern auch veröffentlicht werden muss und kündigte an, notfalls auch vor den EuGH zu ziehen. Nach letzten Informationen aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium soll der Aufschub der Offenlegung bis Mitte Mai gelten, man wolle damit Entscheidungen weiterer Oberverwaltungsgerichte abwarten.

Nach uns die Sintflut

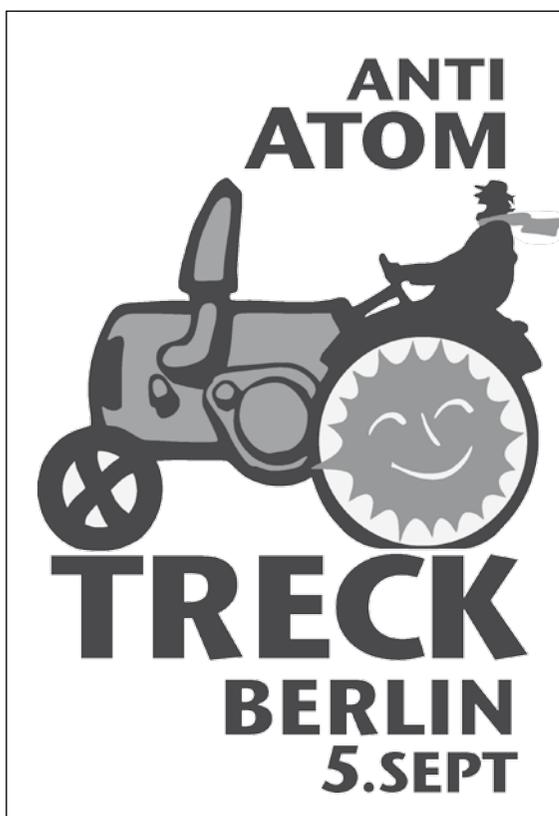
Atommüll-Lager haben Schwächen, auch bei den Verantwortlichen

Ein entscheidender Faktor für eine langjährig halbwegs sichere Lagerung von Atommüll ist die Abwesenheit von Wasser oder anderen Flüssigkeiten. Allein schon die Tatsache, dass die meist metallischen Verpackungen der heißen Fracht durch den Einfluss von Feuchtigkeit korrodieren und damit den Geist aufgeben würden, spricht für absolute Trockenheit. Aber auch der Punkt, dass sich eine radioaktiv belastete Flüssigkeit schneller einen Weg ins Grund- bzw. Trinkwasser oder gar durch Ritzen und Spalten ans Tageslicht sucht, als ein massives Eisenfass, ist nicht von der Hand zu weisen. Experten sind sich da ziemlich einig, nass geht gar nicht und doch sind die potentiellen Atommüll-Endlager Gorleben wie auch Asse in Niedersachsen eher feuchte als fröhliche Angelegenheiten. In Gorleben hat man bis zum Endlagererkundungsstopp im Jahr 2000 bereits 16.000 Liter Lauge – laut Experten nur interne Flüssigkeiten, Jahrmillionen alt – aufgefangen. Das Argument, dass Ganze sei unproblematisch, da durch das Gestein rundherum abgeschlossen, zog zwar nicht bei den Kernkraftgegnern, beruhigte aber so manch anderen. Nicht wenige Leute gerieten erst ins Grübeln, als in dem ehemaligen Versuchsendlager Asse bei Hildesheim auch Lauge auftauchte und in ihr nicht nur der Atommüll, sondern auch Giftmüll abtauchte. Das Zweifelhafte an der ganzen Angelegenheit sind weniger die Tatsachen, die dort passiert oder auch nicht passiert sind, sondern der Umgang der Verantwortlichen damit.

Pestizide und Kadaver

Die bis zum Kollaps im vergangenen Jahr zuständige Betreiberin, das private Helmholtz-Zentrum in München, verharmloste und verschwiegte systematisch über Jahre, was genau in der Asse passierte. Das nun zuständige Bundesamt für Strahlenschutz arbeitet sich mühsam durch zum Teil handschriftliche Lagerlisten und findet immer wieder neue unangenehme Dinge in dem ehemaligen Salzstock. So lagern dort neben 126.000 Fässern Atommüll auch giftige Chemikalien, unter anderem knapp 500 Kilogramm hochgiftiges Arsen sowie Pflanzenschutzmittel, die die Baywa dort entsorgt hat. Eingepökelt hat man offenbar ebenfalls zwölf Gebinde mit in Formalin eingelegten Tierkadavern – dass sie nicht in der Abdeckerei gelandet sind, hat sicher auch seine Gründe. Somit wird die ganze Debatte um eines der brennendsten Themen unserer Zeit – wohin

mit dem Atommüll, von dem noch viele Generationen nach uns etwas haben werden – mehr und mehr zu einer Vertrauensdenn zu einer Wissenschaftsfrage. Können wir den sogenannten Experten glauben, wenn sie uns sagen „alles ist sicher?“ Wenn – wie gerade geschehen – im dritten Atommüllendlager, im sachsen-anhaltinischen Morsleben, eine Gesteinsdecke einbricht und die Experten sagen: Kein Problem, alles harmlos? Und was ist davon zu halten, dass in Gorleben die Experten nun vom Mehrbarrierensystem als anstrengenswertes Schutzszenario, sprich abgesicherte Behälter unter unterschiedlichem Deckgestein, abrücken, und sagen man könne die strahlende Fracht auch ohne unterschiedliche Barrieren in Gorleben lagern, weil dort die Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind? Einmal mehr bleibt es wichtig, Widerstand gegen die Atomkraftnutzung zu leisten. Wichtiger Teil der Widerstandsbewe-



gungen vor Ort sind immer die Bauern und Bäuerinnen. Sie werden am 5. September zum großen Trecker-Treck nach Berlin aufbrechen und hoffen auf vielfältige Unterstützung von Berufskollegen und allen anderen kritischen Geistern. Das Motto: „mal so richtig abschalten.“ Dazu passt die Aussage des neuen Bundeswirtschaftsminister Theodor zu Guttenberg: die Kernkraftnutzung habe in Deutschland keine Zukunft. Er wird auch nach den Wahlen noch zu seinem Wort stehen müssen.

cs

Kurzes am Rande

Bauernbeiträge für Agrarfabriken

Die nach dem Ausbruch der Vogelgrippe im Kreis Cloppenburg im Dezember 2008 vorgenommene Massenkeulung von 610.000 Puten war nach Meinung von Experten unnötig. Die Tiere seien zu einem großen Teil schlachtreif gewesen und hätten laut der bundesweit geltenden Geflügelpestverordnung ohne Bedenken auf den Markt gebracht werden können. Das bei Tests festgestellte H5N3-Virus sei für die Tiere harmlos und vergleichbar mit einem Schnupfen, sagten unabhängig voneinander zwei Vogelgrippe-Experten. Wissenschaftler und Tierärzte vermuteten, dass hinter der Massenkeulung eine Marktberingung zum bestehenden Überangebot gesteckt habe, eine Art Konjunkturprogramm für die Putenwirtschaft. Die Ausfälle für die Putenproduzenten glich die Tierseuchenkasse Niedersachsen mit mehr als 14 Millionen Euro aus. Die Hälfte davon bezahlte das Land aus Steuergeldern, die andere Hälfte bezahlen die Landwirte durch ihre Beiträge. en

Anbau von Genkartoffel erlaubt

Seit Ende April darf der Chemiekonzern BASF Freilandversuche mit der gentechnisch veränderten Kartoffelsorte „Amflora“ durchführen. Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) hat den Versuchsanbau der Stärkekartoffeln erlaubt. Die BASF habe zu gewährleisten, dass das Erntegut nicht in den Lebens- oder Futtermittelkreislauf gelange, sagte Aigner. Der Konzern habe sich verpflichtet, „Sicherheitsmaßnahmen“ wie ein überwachter Wildschutzzaun einzurichten. Wie das „Gen-ethische Netzwerk“ berichtet, sind allerdings schon vorherige, zugelassene Anbauversuche außer Kontrolle geraten. „Zuletzt wurde die Nutzung der Ernte eines Maisfeldes als Futtermittel verboten, weil diese mit Amflora verunreinigt war.“ Kartoffeln, die nach der Ernte 2007 auf den Feldern verblieben seien, waren 2008 wieder zwischen dem Mais gewachsen, berichtet das Netzwerk. Die BASF tarne ihre Saatkartoffel-Produktion unter dem Deckmantel des Versuchsanbaus, so Kritiker. Die Kartoffel besitzt ein antibiotika-resistentes Marker-Gen. Sie befürchten, dass bei unkontrollierter Verbreitung eine Beeinträchtigung des Medikaments auftritt, dass auch in der humanmedizinischen Therapie verwendet wird. mh

CMA-Abgabe: BLE verliert Verfahren

Vor dem Verwaltungsgericht Köln hat die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) weitere Verfahren in Sachen Absatzfonds-Abgaben verloren. Am 30. April ging es in drei Verfahren von verschiedenen Geflügel-Unternehmen mit Eierpackstellen darum, ob die Unternehmen bei ihren Widersprüchen gegen Abgabenbescheide der BLE die Widerspruchsfrist von einem Monat eingehalten haben. Die 13. Kammer kam zu dem Schluss, dass in allen drei Fälle nicht die Monatspflicht, sondern eine Jahresfrist anzusetzen ist. Die Richter begründeten ihre Entscheidung damit, dass die Rechtsmittelbelehrung, die die BLE an die Unternehmen herausgegeben hat, so formuliert war, dass für die beitragspflichtigen Unternehmen nicht eindeutig erkennbar war, wann die Widerspruchsfrist beginnt und folglich endet. Diese fehlerhafte Rechtsbehelfsbelehrung führt dazu, dass nicht die von der BLE angegebene Monatsfrist, sondern die Jahresfrist zur Geltung kommt. Das führt dazu, dass den Widersprüchen der Unternehmen stattgegeben wurde und die BLE die Abgabebeträge an die Firmen zurückzahlen muss: 1.700 Euro an die Amtshof GmbH für ein Halbjahr, zusammen 68.000 Euro an die Gutshofei GmbH für zwei Halbjahre und 660 Euro an die Heiner Geflügelhof GmbH & Co. KG für ein Halbjahr. In einem vierten Verfahren ging es um Zinsansprüche einer Gartenbau-Genossenschaft aus Abgaben, die von der BLE bereits zurückgezahlt worden sind, aber bisher unverzinst. Die Richter schlugen den Parteien einen Vergleich vor, doch die BLE lehnte nach Rücksprache mit dem Ministerium BMELV ab. Nun wird es ein Urteil geben. uj

CMA-Abgaben ohne Vorbehalt rückforderbar?

Auch Unternehmen der lebensmittelverarbeitenden Industrie, die ihre CMA-Abgaben nicht unter Vorbehalt gezahlt haben, werden nun wahrscheinlich die Rückzahlung ihrer Beiträge an den Absatzfonds fordern. Der bayerische Müllerbund und der Verband der Bayerischen Privaten Milchwirtschaft (VBPM) haben die Angelegenheit rechtlich prüfen lassen und empfehlen ihren Mitgliedern ein entsprechendes Vorgehen. Da das Absatzfondsgesetz vom Bundesverfassungsgericht schon rückwirkend ab dem 1. 7. 2002 für verfassungswidrig erklärt worden ist, fehle allen Beitragsbescheiden ab diesem Zeitpunkt die rechtliche Grundlage, so die Begründung. Man erwarte langwierige rechtliche Auseinandersetzungen. cs

Partner Edeka?

Die Handelskette Edeka setzt nach der Fusion mit dem Discounter „plus“ ihre Lieferanten massiv unter Druck. Deren Vertretung, der Markenverband, fordert laut *Lebensmittelzeitung* ein Einschreiten des Bundeskartellamts wegen „rechtswidriger Verhaltensweisen“. Unter anderem der Aufforderung zur Offenlegung ihrer bisherigen Verkaufskonditionen binnen ein bis zwei Wochen, die Gewährung eines „Hochzeits-, eines Partnerschafts- und eines Synergiebonus“, der teilweise sogar rückwirkend gelten soll. Angeblich sollen diese Preisnachlässe auch dazu dienen, die Kritik vieler Edeka-Händler an der umstrittenen „plus“-Übernahme zu dämpfen. *pm*

Grippe ohne Schwein

Der Name „Schweinegrippe“ für das in Mexiko erstmalig aufgetretene Grippevirus ist irreführend. Der seit Ende April in mehreren Ländern aufgetretene Virus, der zu mehreren Todesfällen geführt hat, ist bei Schweinen noch nie festgestellt worden, so das Friedrich Loeffler Institut (FLI). Es handele sich in diesem Fall also nicht um einen Erreger, der direkt vom Schwein auf den Menschen übertragen wird, sondern um eine von Mensch zu Mensch übertragene Grippeinfektion. Der Virus ist jedoch eng mit der seit 1930 in Schweinen zirkulierenden Schweine-Influenza verwandt, berichtete das FLI. Die Weltgesundheitsorganisation WHO gab bekannt, dass es sich um ein gänzlich neues Virus handelt, das vor einiger Zeit vom Schwein auf den Menschen übergegangen sein kann und sich dann an den Menschen angepasst hat. Im Tierbereich sind laut Thomas C. Mettenleiter vom FLI keine besonderen Vorsichtsmaßnahmen in Europa erforderlich. Die Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) empfahl wegen der Herkunft der Seuche den Namen „Nordamerikanische Grippe“. *mh*

Schlacht-Konzentration

Die zehn Größten der deutschen Schlachtbranche verarbeiteten 2008 etwa 70 Prozent aller Schweine. Spitzenreiter ist laut ISN die Firma Tönnies mit 12 Millionen Schlachtungen, gefolgt von Vion (NFZ, Moxsel, Südfleisch) mit 10 Mio. und der Westfleisch (inkl. Barfuss) mit 6,2 Mio. Tieren. Auf weiteren Plätzen: D+S (3,3), Vogler (1,5), Tummel (1,3), Böselers Goldschmaus (1,3), Gausepohl (1,2), BMR Garrel (1,1) und der Müller-Gruppe (1,0). *en*

Gegen Schlachtaufstockung

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat schwere Vorwürfe gegen den Weißenfelser Schlachthof erhoben. Nach Darstellung des BUND hat das Fleischwerk Weißenfels seine Schlachtkapazität von 8.600 auf etwa 12.000 Schweine pro Tag gesteigert, ohne Auflagen und Nebenbestimmungen einzuhalten. BUND und Bürgerinitiativen halten eine solche Aufstockung für nicht verträglich mit der Entwicklung des Ortes und des Tourismus in der mitteldeutschen Weinbauregion. *pm*

Baywa-Buße

Die Baywa AG muss knapp eine Million Euro Geldbuße zahlen, weil sie zwischen 1996 und 2001 ihren Franchise-Betreibern von Bau- und Gartenmärkten Rabatte und Bonuszahlungen in Höhe von 6,5 Mio. Euro rechtswidrig nicht ausgezahlt hat. *en*

Falscher Käse auf Pizzen

In Produkten wie Pizza oder Käsestangen wird vor allem „Käse“ verwendet, der ein aus Pflanzenfetten, Wasser und Eiweiß zusammen gemischtes Kunstprodukt ist. Künstliche Aromen sorgen im Analog-„Käse“ für Geschmack. Der falsche Käse wird von Fast-Food Ketten und dem Gastronomiegroßhandel verwendet. Nach der deutschen und der EU-Käse-Verordnung darf das Produkt nicht als „Käse“ bezeichnet werden. Wer das Imitat trotzdem als „Käse“ verkauft, macht sich strafbar. „Der Aufschrei über solche Zustände kann gar nicht laut genug sein!“ kommentierte Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW). Da würden Verbraucher hinter Licht geführt und die Milchbauern ausgebootet. „Bio-Käse ist immer Käse aus 100 Prozent Milch. Und Bio-Pizza darf nur mit Bio-Käse hergestellt werden.“ Dafür würden die strengen Vorschriften der EU-Öko-Verordnung und der Bioverbände sorgen. *mh*

Kurzes am Rande

Zulassung beantragen!

Erst wenige handwerkliche Fleischverarbeiter haben die EU-Zulassung

Bis Ende 2009 müssen aufgrund der neuen EU-Hygieneverordnungen alle Schlachtstätten, auch die Schlachtstätten auf landwirtschaftlichen Betrieben eine EU-Zulassung erwirkt haben, sonst dürfen sie nicht mehr schlachten. In fast allen Bundesländern hat die Mehrheit der handwerklichen Betriebe jedoch noch keine Zulassung. Nun läuft die Zeit, denn eine Verlängerung der Frist ist nicht in Sicht. „Der Veterinär war schon mal hier“, berichtet Hans K., Schafhalter und Direktvermarkter im Eichsfeld, „aber einen Antrag habe ich noch nicht gestellt.“ So wie Hans K., geht es derzeit noch vielen Betriebsleitern. Sie haben eine ungefähre Vorstellung welche Investitionen auf sie zukommen könnten, wenn sie ihren Betrieb nach den Wünschen der Zulassungsbehörde aufrüsten würden. Sie können aber weder prüfen, ob die Forderungen

projekt für Schlacht- und Verarbeitungsbetriebe auf Biohöfen ins Leben gerufen und geben Informationen über die Anforderungen der EU-Hygieneverordnungen und ihrer nationalen Durchführungsbestimmungen an die Betriebe weiter, damit diese gegenüber den Behörden einen besseren Ausgangspunkt für die Verhandlung über die stets betriebsindividuelle EU-Zulassung erreichen können.

Projekt gibt Hilfestellungen

Das auch vom neuen Dachverband Biohandwerk e.V. unterstützte Projekt wurde ins Leben gerufen, um bäuerlichen Fleischvermarktern und kleinen regionalen Schlachtstätten Hilfestellungen für die EU-Zulassung zu geben. Es soll dazu nicht nur ein Leitfaden erstellt werden, der die Anforderungen an die Zulassung genauer beschreibt, sondern es geht vor allem da-

rum, Informationen weiterzugeben. Für viele kritische Punkte, so Hans Jürgen Müller, gibt es bereits gute Best-Practice-Beispiele, die auch in anderen Betrieben umgesetzt werden können. Wir wollen auch ausgewählte Betriebe konkret bei ihrem Weg bis zur Zulassung begleiten, betont Dr. Andrea Fink-Keßler, und ein Netzwerk handwerklicher Fleischverarbeiter im ökologischen Landbau aufbauen. Schließlich sind das gemeinsame Vorgehen und der Informationsaustausch angesichts sehr unterschiedlicher Auslegungen der



Auch kleine Schlacht- und Verarbeitungsstätten brauchen die EU-Zulassung.

Foto: Müller

berechtigt sind oder der Unsicherheit der Behördenvertreter geschuldet sind. Diese wiederum orientieren sich bei der Vergabe einer EU-Zulassung gerne am alten, mit zahlreichen Details versehenen Recht. Viele Schlacht- und Verarbeitungsstätten sterben jetzt leise, wollen sich mit dieser neuen Hürde erst gar nicht befassen und stellen keinen Antrag mehr. Damit schwinden für die direktvermarktenden Betriebe die Chancen, ihre Tiere möglichst hofnah und damit weitgehend stressarm schlachten zu lassen.

Um eine Chance auf Zulassung zu bekommen, muss der Antrag jetzt gestellt werden, raten Hans-Jürgen Müller vom Gut Fahrenbach und Dr. Andrea Fink-Keßler. Mit Hilfe des Bundesprogramms Ökologischer Landbau haben sie ein Beratungs-

Rechtsvorschriften durch einzelne Ämter und Verwaltungsbehörden besonders wichtig.

Wer den in unregelmäßigen Abständen erscheinenden Informationsbrief erhalten oder weitere Informationen bzw. Beratung möchte, melde sich bitte bei:

Hans-Jürgen Müller, Gut Fahrenbach, Fax 05542-72764, mueller@gutfahrenbach.de, oder bei:

Dr. Andrea Fink-Keßler, Büro für Agrar- und Regionalentwicklung, 34121 Kassel, Tel: 0561-27224, Afink-kessler@t-online.de

Andrea Fink-Keßler, Hans-Jürgen Müller

Großställe und Niedrigpreise

Agrarindustrielle Produktion im Schweinesektor

Was seit Jahrzehnten in der Legehennen-, Hähnchen- und Putenhaltung vor sich geht und jetzt in die Akzeptanzkrise gerät, das wiederholt sich derzeit in rasantem Tempo bei der Erzeugung von Ferkeln und Mastschweinen: Agrarindustrielle Investoren und agrarindustrielle Produktionsweisen haben sich bereits eines Großteils des Schweine-Sektors bemächtigt. Die seit

Jahren anhaltende Preisermisere ist nur ein Ausdruck davon, dass diese Tendenz auch in der Krise vehement weitergeht – mit dem Aufbau neuer Agrarfabriken und Großställe.

Die einseitige Spezialisierung auf die Schweinehaltung und Großbestände ist bereits so weit verbreitet, dass kaum noch Schweineerzeuger zeitweise oder vollständig die Produktion einschränken, um so Platz zu machen für wieder bessere Preise. Wer massiv in Großställe investiert hat, meist mit Fremdkapital, der kann auch gar nicht mehr aufhören oder innehalten. Ob der „Schweinezyklus“ jemals wieder richtig funktionieren wird, ist fraglich. Diejenigen, die jahrelang den „freien Markt“ gepriesen haben, verstummen aber auch bei dauerhaften Niedrigpreisen nicht. Sie propagieren weiter Leistungssteigerungen und Kostensenkung zu Lasten von Tieren und Einkommen, Aufteilung von Ferkelerzeugung und Schweinemast zwischen Dänemark und Deutschland, perspektivlose Exportoffensiven, staatliche Exporterstattungen – und wollen dieses Modell gar den Milchbauern schmackhaft machen.

11 Euro Verlust pro Schwein

„In der Schweinemast ist nichts zu verdienen“ – so Dr. Frank Greshake von der Landwirtschaftskammer NRW nach Auswertung der Betriebsdaten, auch die Ferkelerzeuger kämen nach zwei schwierigen Jahren derzeit nur „eignigermaßen über die Runden“. Zwischen 1,42 und 1,52 Euro je kg Schlachtgewicht soll laut ZMP der Durchschnittspreis im Jahr

2009 liegen, bei schwachem Inlandsabsatz, Exportschwäche, Wechselkursschwankungen, zunehmender Konkurrenz durch Geflügelfleisch und anhaltend hohe Kosten für Soja und Mineralfutter. Etwa 11 Euro Verlust pro Schwein machen derzeit die Mäster, die diese Misere wieder auf die Ferkelerzeuger abwälzen werden, die ihre Sauenställe nicht einfach leer machen können.

Riesenställe werden derzeit vor allem in den neuen Bundesländern gebaut, vor allem von Niederländern, die in Holland nicht mehr mit den Umweltauflagen zurecht kommen und dort vom Staat aus dem Sektor herausgekauft werden. Mit Millionensummen, die sie in Ostdeutschland neu anlegen, mit erleichterten Baugenehmigungen auf Standorten bereits verfallener Altanlagen aus der

agrarindustriellen DDR-Vergangenheit, mit Hilfe von Landesregierungen, Schlachtkonzernen und Bauernverband. Auch die großen Schweinehalter aus den

norddeutschen Intensivgebieten sind längst an den neuen

Standorten präsent. Westdeutsche Ackerbauern, die nicht mehr über die Fläche expandieren können, legen ihr Geld vor Ort im Bau von 4.000er-Ställen an, die groß genug sind für die Anstellung eines Schweinemeisters.

Breite Ablehnung

Widerstand gibt es allerorten, nicht nur gegen Bau und Erweiterung der Riesenställe, sondern auch gegen diese 4.000er-Ställe, vor allem wegen der Geruchsbelastung, die Lebensqualität und Tourismus beeinträchtigt und künftige Stallbauten der Nachbarn unmöglich macht. Aber auch deshalb, weil die Art der Haltung darin weitgehend mit der in den Megaställen identisch und nicht tierartgerecht ist, auch wenn sie Familien vor Ort und nicht Kapital-Holdings gehören. Eine solche Schweinehaltung, die man Schulkindern nicht mehr zeigen mag, die vor Ort auf Widerstand stößt und ganze Dörfer spaltet – eine solche Schweinehaltung kann nicht nachhaltig und zukunftssicher sein.

Die einzige Alternative: Ställe für Neuland, Bio und andere Programme mit artgerechter Haltung, auf Stroh, mit Auslauf, mit heimischer Futtergrundlage ohne Gensoja aus Übersee, ohne Umweltbelastung, auf vielseitigen Bauernhöfen, mit bester Fleischqualität aus verhaltener Mast und mit fairen Preisen für die Bauern bleiben angesagt – für Verbraucher, Agrarpolitik und auch Bauern!

Auftrags-Mord

Der Viehhändler Lothar Grundkötter aus Ennigerloh (NRW) sitzt in Untersuchungshaft wegen des Vorwurfs, dass er durch einen polnischen Auftragstäter den Viehhändler Albert Vennecker umbringen lassen wollte, um dessen Konkurrenz loszuwerden. Vennecker überlebte trotz zweier Schüsse in Kopf und Hals. Die Firma Grundkötter war früher eine der Großen in der Schlachtbranche, wurde bei Schwierigkeiten zeitweise von der Firma Tönnies gestützt und dann von der Raiffeisen Viehvermarktung GmbH & Co. KG Werne gekauft. Das übernommene Unternehmen lief dennoch unter dem Namen Grundkötter GmbH weiter, bei der Lothar Grundkötter als 2. Geschäftsführer angestellt blieb.

Vor kurzem wurde ein anderes „Mitglied der berüchtigten Fleischmafia“ (Nordwestzeitung) in einem Hotel bei Cloppenburg tot aufgefunden. Richard W. stand im Mittelpunkt einer Affäre, bei der Branchenriesen Tönnies verdächtigt wurde, falsch deklariertes Hackfleisch an den Handel geliefert zu haben. Der Zeuge war zunächst selbst Geschäftsführer bei Tönnies, wurde wegen Veruntreuung entlassen, arbeitete dann bei einem holländischen Fleischkonzern und wurde von Tönnies des Rachefeldzuges im Rahmen des Konkurrenzkampfes mit Vion bezichtigt. Ersten Angaben der Polizei zufolge starb der 57-jährige W. eines natürlichen Todes. en

Neue Schweineställe in Sachsen-Anhalt



Quelle: Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Sachsen-Anhalt
 Grafik: Cicero Fotosatz GmbH

Expansion trotz Absatzkrise

Fraglich, ob die Kostendegression (vor allem beim Futterbezug) in den neuen Großställen mit 4.000 oder 30.000 Mastschweinen ausreicht, diese Niedrigpreise zu kompensieren, die sie selbst durch Produktionszuwachs mit verursachen. In den USA geraten derzeit selbst Großkonzerne wie Smithfield und Tyson in die Krise, die dort bereits den Großteil des Sektors in Form von Lohnmastverträgen kontrollieren. Was sie nicht hindert, ihre Expansionspläne in den Billigproduktionsländern Polen und Rumänien weiter voran zu treiben.

Quelle: Volkszeitung

Wird Ostdeutschland von Schweinen überannt?

Sterne statt Lichtsmog

An einem Sommerabend den Sternenhimmel beobachten – das bleibt Großstadt-Bewohnern zumeist verwehrt – wegen der „Lichtverschmutzung“, die auch Schlafstörungen verursachen kann. Für Dorfbewohner ist es deshalb immer wieder erstaunlich, wenn neu zugezogene Großstädter verwundert feststellen, dass es nachts ja total dunkel sei. Klaus-Dietrich Runow, Leiter des Instituts für Umweltkrankheiten im hessischen Bad Emstal, verweist auch auf weitere Krankmacher wie Reizüberflutung, hohe Ozonwerte, Abgase, permanenter Lärm und allgegenwärtige Hektik. Er rät nicht nur zu Lärm- und Lichtabdämmung, sondern auch zu regelmäßigen Ausflügen aufs Land und in die Natur. *en*



Der Vorstand der AbL-NRW: v.l. Ulrike Eggersglüß, Karl-Erich Oldemeyer, Friedel Gieseler, Erika Kattenstroth, Bernd Schmitz sowie Sönke Voss von Humana und Ulrich Jasper von der AbL Foto: Herzog

Kurzes am Rande

Bauern und Molkereien in der Zukunft

Von der Mitgliederversammlung der AbL in Nordrhein-Westfalen

Wie sieht der Milchmarkt der Zukunft aus? Das war das Thema auf der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Ende März im nordrhein-westfälischen Werl-Hilbeck. Das Überangebot von Milch schadet auch den Molkereien, erklärte Sönke Voss, geschäftsführender Vorstand der Humana Milchunion. „Die Quotenerhöhung ist ein falsches Signal“. Voss plädierte für Bündelungen von Molkereien. Das könne den starken Konkurrenzdruck in der Branche mildern, was die extremen Preisschwankungen für Milch abschwächen würde. „Auch wir wollen einen einheitlichen Preis für die Milch“, so Voss. Den Bauern bringen Verschmelzungen von Molkereien allerdings nur eine Milchpreiserhöhung von 1 Cent/kg Milch ein, fügte er hinzu. Eine Regulierung der Milchmenge ist auch im Sinne der Molkereien.

„Meinen Segen für eine flexible Mengenregulierung haben sie“, so Voss. Ob dies in den Händen der Bauern oder der Molkereien geschieht, spielte für ihn keine Rolle.

Was sich dagegen Bauern unter einem funktionierenden Milchmarkt in der Zukunft vorstellen, erklärte Bernd Schmitz, Milchbauer und AbL Vorstandsmitglied aus Hennef-Hanf. Viele Bauern haben den Wachstums- und Rationalisierungsratschlägen aus offiziellen Stellen geglaubt und das Vertrauen in ihre Molkereien verloren, so Schmitz. Jetzt sind viele Höfe aufgrund der fallenden Milchpreise in ihrer Existenz bedroht.

Dass allein durch Verschmelzungen von Molkereien das Problem für die Milchzeuger gelöst werden könne, glaubte er nicht. Die Konkurrenz auf dem Markt wäre weiterhin zu groß. Das Wichtigste für die Milchviehbetriebe ist, dass sich die Bäuerinnen und Bauern in der Milchzeugergemeinschaft Milchboard bündeln, um die Preise selbst festlegen zu können, so Schmitz. Für ihn sind die Molkereien Geschäftspartner der Bauern, mit denen man auf Augenhöhe stehen muss, um fair verhandeln zu können. *mh*

Konzept gegen zu viel Milch

Die Lieferanten der Upländer Bauernmolkerei zeigen, wie der Milchpreis-Verfall gestoppt werden kann. Ende April entwarf der Vorstand der Milchzeugergemeinschaft im nordhessischen Usseln einen Vorschlag, um die Übermengen an Milch ab zu bauen. Seinen Lieferanten schlug er vor, einen Preis-Abschlag auf diejenigen Milchlieferungen einzuführen, die den letzten Milchquoten-Erhöhungen von 2,5 Prozent sowie den Quoten-Überlieferungen einzelner Betriebe entsprechen. Vorgeschlagen wurde ein Preisabschlag von 10 Cent je Kilogramm Mehrmenge.

Die politisch beschlossenen Quotenerhöhungen gehen vollkommen am Markt vorbei, so der Vorsitzende der Milchzeugergemeinschaft Hessen, Josef Jacobi. Die Molkereien finden keine Abnehmer für die Übermengen. Als Folge fallen die Milchpreise in den Keller, worauf einzelne Milchviehhalter ihre Produktion ausweiten, um das Einkommen noch irgendwie zu halten, so der Milchbauer aus Ostwestfalen. Ziel der Initiative ist es, diesen Kreislauf zu durchbrechen. „Wir rufen andere Milchzeuger und Molkereien auf, diesem Beispiel zu folgen“, so Karin Artzt-Steinbrink, Geschäftsführerin der Upländer Bauernmolkerei, „nur wenn wir die Übermengen in den Griff bekommen, wird der Milchpreis wieder steigen“. *mh*

70 Prozent gegen Impfung

Bei einer Online-Umfrage des *dlz-agrarmagazins* lehnten mehr als 70 % der Teilnehmer eine Impfung gegen die Blauzungkrankheit ab, weil sie Nebenwirkungen befürchteten. *en*

Hilfe nach Erdbeben in Italien

Nach dem schweren Erdbeben in den italienischen Abruzzen mobilisiert die weltweite Kleinbauernorganisation La Via Campesina für eine Hilfsaktion, mit der bäuerliche Betriebe der betroffenen Region unterstützt werden sollen. Auf folgender Website werden die Bedürfnisse besonders kleiner Betriebe veröffentlicht und Hilfe organisiert: www.croceviaterra.it. Informationen auf Englisch gibt es unter www.eurovia.org. *cs*

Die Ursprungsregion des Mais schützen

Eine Partnerschaft zum Erhalt der Vielfalt

Auf ihrer einwöchigen Besuchsreise durch Süddeutschland wurde Ana de Ita, Geschäftsführerin des „Studienzentrums für die Veränderung im mexikanischen Landbau“ (CECCAM), am Donnerstag, den 24. April vom Bündnis gentechnikfreies Hohenlohe zur Veranstaltung „Bedroht Gentechnik die Wiege des Mais?“ eingeladen. Der Besuch war die Auftaktveranstaltung für eine im März geschlossene Partnerschaft zwischen den Regionen Sierra Juarez im Bundesstaat Oaxaca/Mexiko und dem Bündnis gentechnikfreies Hohenlohe.

Die Partnerschaft wurde bei dem Besuch von Aldo Gonzalez bei „Rock vor Natur“ in Wolpertshausen/Hohenlohe im August letzten Jahres angestoßen und im März durch einen Briefwechsel besiegelt. Johannes Rieger war schon als Vertreter des Bündnis gentechnikfreies Hohenlohe in Mexiko, um bei einer Konferenz zur Verteidigung des Mais teilzunehmen und auf dem Monte Alban die Partnerschaft mit Handschlag zu besiegeln. Jetzt kam Ana de Ita zum Gegenbesuch. Der Abend zeigte deutlich die skrupellosen und rücksichtslosen Interessen der Gentechnikindustrie, die die mexikanischen Kleinbauern in ihrer Existenz und Tradition bedroht,

auf. „Eines wurde bei dem Bericht klar, den mexikanischen Bauern hat man schon vieles genommen, wie beispielsweise einen Markt für ihre Produkte, aber ihren Mais, den werden die indigenen Völker bis zum letzten verteidigen. Davon können wir lernen, die Bedeutung unseres Saatgutes wieder mehr wert zu schätzen“, so das Resultat des Abends.

Bei allen strukturellen Unterschieden zwischen der mexikanischen und hohenloher Landwirtschaft wurde klar, dass viele Probleme und Sorgen der Bauern ähnlich sind. Auf beiden Seiten findet ein Verfall der Preise für ihre Produkte sowie eine Zerstörung ländlicher Strukturen und eine Bedrohung der bäuerlichen Landwirtschaft statt. Um dem entgegen zu wirken, ist es wichtig, sich in Zukunft besser auszutauschen. Dabei ist die Agrotechnik nur die Speerspitze der gemeinsamen Themen. Die Partnerschaft soll durch Besuchsreisen, möglicherweise auch einer Ausstellung auf spanisch und deutsch belebt werden. Sie soll aber auch anderen gentechnikfreien Regionen ein Vorbild sein, das zum Nachmachen anregen soll.

Jochen Fritz
Bündnis gentechnikfreies Hohenlohe

Betriebspiegel:

Nebenerwerbsbetrieb in Hohenlohe bei Rothenburg ob der Tauber
9 ha Acker und Grünland
sechs Kühe

Wieder einmal war Generalversammlung von unserer Molkerei. Wieder einmal durften, konnten und mussten wir Milchbauern in die Zukunft blicken – nicht mit Freuden, sondern mit einem Hammer auf dem Kopf!

Mit psychologischen Kenntnissen wurde uns die Lage der Molkerei und die Zukunftsaussichten der hintersten Liga – der Milchbauern – wörtlich und bildlich dargestellt. Mit deutschen, EU- und weltweiten Daten konnte man vergleichen, wo der Trend der Milchwirtschaft in der nächsten Zeit hinführen

wird! Nicht in die Zukunft, sondern in den Abgrund könnte man meinen!

Und man muss auch immer wieder erkennen, dass die Milchbauern immer mehr in die Irre geführt werden von irgendein paar Finanzhain, die das Geld der ehrlichen und noch fleißigen Milchbauern abschöpfen. Für was muss man die Milchpreise für die Bauern jetzt so tief, ins Bodenlose, herunterdrücken, dass einem als Bäuerin und Bauer Hören und Sehen vergeht? Angeblich weil die Lebensmittelkonzerne sagen, dass zu viel Milch da ist und die Verbraucher nicht mehr so viel Milchprodukte kaufen. Glaubt ihr das?

Für was erhöht man dann jetzt noch EU-weit die Milchquote um fünf Prozent, wenn doch schon genug Milch

auf dem Markt ist, oder sein soll?

Wer bestimmt das alles? Nur einzelne Köpfe, die nicht hinter unserer Landwirtschaft stehen, sondern auf andere Stimmen hören müssen, die sie am Leben halten. Die Politik spielt da eine große Rolle, deutschland-, eu- und weltweit. Es wird alles von Oben regiert und immer mehr in den großen Geldbeutel gespielt, dass da die Einnahmen wieder stimmen. Dann schreiben die Lebensmittelkonzerne vor, wieviel für Milchprodukte bezahlt werden muss, damit ihr Umsatz weiter steigt und sie immer noch ihre fruchtbaren Samen davon haben. Und was sagt unser Bauernverband dazu? Da denkt keiner mehr an die Milcherzeuger, die ihr Geld noch mit Händen, mit

Fleiß und Können an 365 Tagen im Jahr erschaffen müssen und schauen müssen, wie sie noch über die Runden kommen sollen. Die knetet man ganz im Gegenteil immer mehr in den Dreck. Vergleicht man die Preise der heutigen Milchprodukte mit den Preisen vor 50 Jahren, dann kostet die Butter jetzt soviel wie 1948. Aber an die heutigen Ausgaben der Milchbauern, von Alterskasse, Krankenkasse, Versicherungen, Düngemittel, Diesel, Wasser, Strom Reparaturen, Tierarztkosten usw. denkt keiner.

Ein Beispiel soll es zeigen: Im Jahr 1959 kostet eine Handwerkerstunde 1,75 €; 1979 17,50 € und 2009 zwischen 40 und 45 €. Und den Milchbauern bezahlt man Preise wie vor 60 Jahren. Ist das eine Idee von den Verbrauchern, die selbst immer mehr ausgebeutet werden? Die zu großen Teilen Verständnis haben für den Erhalt ihrer schönen Landschaft und für gesundes deutsches Essen und Trinken. Davon wird in der Zukunft noch vieles abhängen, was die großen Geldbeschaffer heute noch gar nicht bedenken. Bauern und Verbraucher sitzen in einem Boot, das die Großen immer mehr schwanken lassen – wenn sie noch können.

Es wäre an der Zeit, über diese Auswirkungen nachzudenken, wünscht sich nicht nur eine kleine Milchbäuerin aus dem hintersten Eck.

Luise Wirsching

Generalversammlung

Zeitgleich mit der Beendigung meines Studiums schließt auch mein Lieblingsfachgebiet an der Uni Witzenhausen. Die Professur für regionale und europäische Agrarpolitik wird nach der Pensionierung von Onno Poppinga nicht neu besetzt. In Zeiten der allseits „begrenzten Mittel“ wird jede Professur an der kleinen, ökologisch-agrarwissenschaftlichen Fakultät hart verhandelt. Sind die Agrarwissenschaften nicht ein traditionell naturwissenschaftliches Gebiet und ist da die Besetzung beispielsweise der Bodenkunde- oder Tierzuchtprofessur nicht viel wichtiger als die der Agrarpolitik? Aus meiner Sicht, und ich spreche vielleicht auch für einige andere Studierende und Absolventen, waren die Lehrinhalte des Fachgebiets Landnutzung und regionale Agrarpolitik das Wichtigste in meinem Studium. Viele junge Menschen finden ihren Weg nach Witzenhausen, da die Reflektion über gesellschaftliche Zusammenhänge sie nach Antworten auf soziale und ökologische Fragestellungen unserer Zeit suchen lässt. So ist auch die ökologische Landwirtschaft als eine solche Alternative zu begreifen, die aus der Kritik an bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen entstanden ist. Um gegenwärtige Strukturen ändern zu können, ist es allerdings sehr wichtig, Zusammenhänge und vorangegangene Entwicklungen zu verstehen. Dieses elementare Wissen wurde in der Lehre des Fachgebiets differenziert und sehr lebendig veranschaulicht.

Die Art der Lehre, mit diesem ganz eigenen Praxis- und Wirklichkeitsbezug, verlieh zunächst abstrakter „Politik“ im wahrsten Sinne des Wortes ein Gesicht und machte sie dadurch nachvoll-



Mehr als Naturwissenschaften

ziehbar und verständlich. Für mich ist ganz klar geworden, dass das theoretische Wissen um das nachhaltigste Anbausystem oder die artgerechteste Tierhaltung wertlos ist, wenn die politischen Rahmenbedingungen gesellschaftliche Strukturen begünstigen, die einer praktischen Umsetzung nachhaltiger Konzepte massiv entgegenstehen. Eine Uni wie Witzenhausen, die für alternative Ideen und Gesellschaftsentwicklung steht, sollte von einem entsprechenden Selbstverständnis getragen sein und die existenzielle Notwendigkeit einer politik- bzw. gesellschaftswissenschaftlichen Ausrichtung neben ihrer naturwissenschaftlichen Kompetenz erkennen. Dieses ist auch in Hinblick darauf wichtig, um den vielen Studierenden Rechnung zu tragen, die sich stark mit dem Standort identifizieren und aufgrund ihrer speziellen Fra-

gestellungen Witzenhausen und eben nicht einen anderen agrarwissenschaftlichen Standort für ihr Studium wählen.

Dieses besondere studentische Engagement zeigt sich nun auch in der Frage um die Agrarpolitikprofessur. Eine Gruppe Studierender organisierte im vergangenen Wintersemester eine Ringvorlesung zum Thema „Agrarpolitik in der Lehre?“, um die Diskussion der Notwendigkeit der Agrarpolitik als Lehrinhalt in den Agrarwissenschaften am Fachbereich und darüber hinaus anzuregen. Es besteht die Hoffnung, auf diesem Weg die Bedeutung der Lehr- und Forschungsinhalte deutlich zu machen und den Erhalt der Professur, notfalls zunächst mit Stiftungsgeldern, zu erreichen.

Es ist mir abschließend sehr wichtig zu erwähnen, dass nicht nur die Lehrin-

halte des Fachgebiets einen großen Eindruck auf mich machten. Mindestens genauso wichtig war die Erfahrung, dass mir als Studentin die Mitarbeiter des Fachgebiets stets auf Augenhöhe, herzlich und voller Interesse begegneten. Dieses ist im hierarchisch geprägten Universitätsalltag durchaus nicht immer selbstverständlich. Ich hoffe sehr, dass es gelingen wird, die Professur aufgrund ihrer bedeutsamen Inhalte zu erhalten. Der besondere Geist der „Villa Hügel“, wie das Fachgebiet an der Uni genannt wurde, geht allerdings mit ihren Mitarbeitern.

*Anneke Jostes,
Absolventin des Studienganges Agrarwissenschaft an der Uni Witzenhausen*

„Gegen Straathofs Riesenferkelei – Rettet das Landleben!“

Vom Kampf der Bürgerinitiative „Leben am Tollensetal“ gegen die Agrarfabrik

Illegaler Pestizidhandel

Einer der größten Skandale des Handels mit verbotenen Pestiziden wurde nach Recherchen von Spiegel und AbL durch die zuständigen Behörden in NRW und Hamburg publik gemacht. Ein Hamburger Chemiehändler hatte große Mengen verbotener Pflanzenschutzmittel (für Baumschulen und Zierpflanzen) aus China importiert, umetikettiert und vertrieben, außerdem sollen 100 Tonnen des illegalen Nikotinsulfats an Reinigungsunternehmen für Geflügelställe verkauft worden sein. Unter den Abnehmeradressen soll auch ein Unternehmen der Raifeisengruppe sein. Schon in den Vorjahren war die illegale Verwendung des hochgiftigen Nikotinsulfats in den Ställen des Agrarindustriellen Pohlmann und der Deutschen Frühstücksei GmbH geahndet worden. Nachdem die zuständigen Lebensmittel-Untersuchungs-Behörden – nach längerer Pause – die Eiprodukte wieder auf Nikotinsulfat untersucht, wurden sie jetzt erneut fündig. en

Wenn man hinter Greifswald bei Anklam die A 20 verlässt, dann fährt man zunächst durch eine ebene, ziemlich ausgeräumte Landschaft mit riesigen Getreide- und Rapsschlägen. Ein ganz anderes Bild bietet sich, wenn man ins Tollensetal kommt, wo sich das Flüsschen Tollense zwischen Hügeln, Wiesen, Feldern und Wäldern hindurchschlängelt, durch schöne Dörfer mit kleinen Kirchen, Feldsteinbauten und ehemaligen Landarbeiterhäusern. Erste Ansätze von Tourismus erkennt man am gutbesuchten Biker-Hotel im ehemaligen Gutshof oder am prächtig renovierten Gutshaus Wietzow, an Kanustation, Reiterhof und Ferienwohnungen. Das untere Tollensetal hat viele Menschen angezogen, die sich auf der Suche nach Ruhe und Natur bewusst hier niederließen. Neues Leben bringen auch eine Künstlerkolonie, eine Töpferei und Modelle selbstbestimmten Arbeitens auf eigenem Land. Dadurch ist die Einwohnerzahl stabil geblieben. Ein gefördertes „Leitprojekt Leben im Tollensetal“ soll zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, Kunst und Kultur fördern und der Landflucht begegnen.

Zehntausend Sauen

Genau hier plant der holländische Agrarindustrielle Adrian Straathof den Bau der größten Sauenanlage Europas, mit 10.000 Sauen und 250.000 Ferkeln pro Jahr und 60.000 Kubikmeter Gülle. Die Tierproduktionsreferentin des Landesbauernverbands soll als Vizebürgermeisterin den Investor Straathof auf den Standort aufmerksam gemacht haben. Den Ausschlag im Gemeinderat gab die Stimme des als befangen geltenden Ehemanns der Frau, die Straathof das Grundstück verkaufte. 60 Prozent der Einwohner haben gegen die „Riesenferkelei“ unterschrieben. Die Erörterung der 700 Einwendungen (u.a. gegen die fehlerhafte Umweltverträglichkeits-Untersuchung) durch das Staatliche Amt für Umwelt und Natur (StAUN) hat gerade erst stattgefunden, das Ergebnis steht noch aus.

Die „Altanlage“ aus DDR-Zeiten, auf die sich die Standortwahl stützt, besteht nur noch aus Ruinen, unter einem löchrigen und brüchigen Restdach nistet eine geschützte Fledermauskolonie. Diesen Standort haben zahlreiche Anlagegegner besetzt, aufgeräumt und dort ihre Zelte aufgeschlagen: „Für die Befreiung von Mensch und Tier“ und „Fight Industrial Farming!“ und „Nein zur Schweinehölle!“ und „Vielfalt statt Monokultur“ liest man an den Mauern. Nebenan haben die Aktivisten die sechs Hektar Baugelände abgesteckt.

Von diesem Standort aus startet am 18. April bei bestem Frühlingwetter ein bunter De-

monstrationszug mit 300 Menschen, Trommeln und vielen Transparenten. Das Banner „Hier Fleischfabriken und Landflucht – dort Gensoja und Vertreibung“ thematisiert die globale Verbindung zur zerstörten Umwelt und den Menschen in Südamerika, die dort durch die agrarindustrielle Gensoja-Connection unterdrückt, ausgebeutet und vertrieben werden und durch Gensoja-Pestizide erkranken. Über die Landstraße geht es nach Alt-Tellin. Von Neu Tellin her naht der zweite Demonstrationzug, vorbei an muhenden Kühen der örtlichen Rinderzucht-GmbH, vorweg das Transparent „Rettet das Landleben“. Auf einen Kinderwagen hat eine junge Mutter einen Schweinekäfig montiert, aus dem

lage in Medow!“ Es sprechen Jörg Kröger vom regionalen Unternehmer- und Touristikverband MILAN, Vertreter der Bürgerinitiative und der straathof-gegnerischen Gemeinderatsfraktion, Vertreter des Aktionsnetzwerks Globale Landwirtschaft, von BUND, Neuland-Hof Helmut Peters und AbL. Kräftigen Beifall gibt es für die Mitteilung, dass zur gleichen Zeit in Holland demonstriert wird, gegen die geplante Erweiterung der 13.000-Schweine-Anlage Straathofs, der bereits mehrfach wegen Umweltvergehen und illegaler Überbelegung seiner Ställe verurteilt ist. Gegenüber machen sich auch einige wenige Befürworter der Agrarfabrik, darunter offenbar auch Neonazis,



... Ja zum Paradies. Das Tollensetal wehrt sich mit auswärtiger Unterstützung.

Foto: Niemann

dröhnt Rio Reisers Song „Der lange Weg ins Paradies“. Unter den Demonstranten auch der ehemalige Präsident des Bauernverbands Mecklenburg-Vorpommern, dessen Nachfolger sich im Verbund mit der Landesregierung immer noch für die Agrarfabriken aussprechen.

Globaler und regionaler Widerstand

In der Ortsmitte bildet sich ein großer Ring um die Rednertribüne mit Schildern und Transparenten: „Keine Schweinestadt zwischen unseren Dörfern“, „20 Jahre kapitalistische Exkremte – es reicht!“ „Straathof go home – yes we can“ – oder einfach nur das Schild „Sauerei!“ an einer Mistforke. In Solidarität mit der internationalen Bauernorganisation „Via Campesina“ wird der globale Zusammenhang des Protestes bekräftigt: „Noch mehr Vertreibung für Futter? Stoppt den Neubau von Ferkelfabriken und Mastanlagen! Ernährungssouveränität!“ Eine Delegation aus Medow, Standort einer weiteren der bisher schon 7 Agrarfabriken der Straathof-Holding, fordert „Keine Erweiterung der An-

mit einem Transparent bemerkbar: „Lieber Fleisch statt Kraut“ und „Wir wollen Arbeit“. Ob sie die Argumente zu den wenigen Straathof-Billigarbeitsplätzen und zur drohenden Zerstörung von viel mehr Arbeitsplätzen auf Bauernhöfen und im Fremdenverkehr erreichen?

Der Abschluss der gelungenen Aktion dann auf der Dorfweide mit unzähligen Torten und Kuchen, gebacken von vielen Frauen aus dem Dorf. Vor dem Buffet sagt eine ältere Frau aus dem Dorf: „Danke für die Aktion und die Reden – das hat mir wieder Mut gemacht!“ Der neue Landrat will den Widerstand gegen Straathof unterstützen. Ein polnischer Aktivist berichtet vom Aufbau von Schweinefabriken des US-Schweinekonzerns Smithfield in seinem Heimatland. Eine Melkerin spricht sich gegen Fremdenfeindlichkeit aus: „Wir haben nichts gegen Holländer, mein Chef ist auch einer, der geht sehr vernünftig mit den Menschen um. Aber schon die Arbeit im früheren LPG-Schweinehölle war kaum auszuhalten, und nun in dieser Größenordnung – da muss man einfach demonstrieren!“ en

Der Milchstreik jährt sich zum ersten Mal. Die Situation der Milchbauern ist schlimmer als je zuvor. Die Quotenerhöhungen der Europäischen Union haben den Milchpreis auf ein neues Tief fallen lassen. Der Bauernverband und die Molkereien weisen jede Schuld von sich und deuten den Handel als Schuldigen aus. Die Landwirtschaftsministerin versucht mit Fördertöpfen und Überbrückungskrediten die Bauern zu besänftigen. Die strukturellen Probleme werden bewusst ignoriert.

Der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter mobilisiert unterdessen die Bauern. Mit bundesweiten Demonstrationen machen Bäuerinnen und Bauern auf ihre Problem aufmerksam. In ganz Europa organisieren sich die Milchbauern unter dem Dach des European Milk Board (EMB). Am 29. April demonstrieren in ganz Europa über 25.000 Milchbauern gemeinsam für faire Milchpreise.



20.000 Milchbauern auf der Straße. Situation spitzt sich zu

Berliner Gipfel ohne konkrete Ergebnisse. BDM und Abl fordern, das Mengen-Problem anzugehen. Molkereien verkaufen noch billiger an Handel

Zwanzig Tausend Milchbauern und Bäuerinnen sind am 29. April in zwölf europäischen Ländern auf die Straße gegangen. In Wien legten 2.000 Bauern mit 400 Schleppern den Verkehr lahm. In Frankreich bekamen 60 Regionalregierungen „Besuch“, in Belgien zogen 500 Bauern schweigend zum Ministerium. Auch in Dänemark, Schottland, Niederlande, Luxemburg, Schweiz, Italien, Tschechien und Spanien fanden Aktionen statt – alles koordiniert vom European Milk Board (EMB).

In Deutschland hatte der BDM (Bundesverband Deutscher Milchviehhalter) vor die Landesministerin in Stuttgart und Hannover aufgerufen – und wieder kamen sie zu Tausenden. Und das, obwohl die Stimmung mit der finanziellen Situation zunehmend gedrückt ist. Die Anspannung steht allen im Gesicht. Sie verlieren den Humor nicht, aber er fällt fast nur noch zynisch aus: Galgenhumor.

Noch niedrigere Abschlüsse

Dabei hatten die meisten noch nicht erfahren, dass die Molkereien dem Discounter Aldi die Trinkmilch noch billiger verkaufen werden: 6,5 Cent je Liter haben sie nachgegeben, meldet die Lebensmittelzeitung nachmittags. Die neuen Kontrakte bringen auch für Quark, Sahne und rund zehn weitere Basisprodukte der Weißen Linie Preisabschläge im zweistelligen Prozentbereich. Die Zeitung zitiert einen Molkeristen, der nun die Erzeugerpreise flächendeckend auf unter 20 Cent fallen sieht. Für Februar lag der Durchschnitt bei 24,4 Cent/kg, Ende 2007 lagen sie weit über 40 Cent.

Es ist zu viel Milch auf dem Markt, das

bestreitet mittlerweile niemand mehr. Der Deutsche Bauernverband (DBV) täuscht zwar weiterhin vor, die Milchproduktion gehe zurück, aber die Zahlen sagen anderes. In Deutschland ist laut ZMP im Jahr 2008 mehr Milch abgeliefert worden als 2007 (+0,4 %), auch im Quotenjahr 2008/09 meldet sie einen Anstieg (0,2 %). Im März und April lag die Anlieferung deutlich über der Vorjahreslinie – alle die Schweinezyklus-Gläubigen straft das Lügen, denn danach müsste bei Preisen, die die Kosten bei weitem nicht mehr decken, Bauern die Produktion einstellen. Das Gegenteil ist der Fall, mindestens in der Summe und bei vielen derjenigen, die nicht aussteigen. Das lässt sich seit einigen Jahren auch auf dem Schweinemarkt beobachten. Viele Milchbauern versuchen offenbar, die mit dem Preisverfall einbrechenden Erlöse durch Mehrproduktion mindestens etwas aufzufangen. Das kann einzelbetrieblich durchaus sinnvoll sein, zeigt aber, dass die Zyklus-Gläubigen am Markt vorbereiten – bewusst?

Gipfelplausch

Die Zyklus-Theorie bestimmt einige Medien-Kommentare zum Milchgipfel bei Bundesministerin Aigner tags zuvor. Aus Anlass dieses „Runden Tisches Lebensmittelkette“ sagte die Ministerin, dass ihre Bemühungen zur Mengeneinschränkung weder auf EU-Ebene noch bei den Bundesländern eine Mehrheit erreicht hätten. Damit – so sagt sie damit indirekt – sei von ihr keine Initiative mehr für politische Maßnahmen zu erwarten, die zu einer koordinierten Anpassung der Menge an die gesunkene Nachfrage beitragen

könnten. Stattdessen spricht die Ministerin von staatlichen Bürgschaften für Milchbetriebe, die „unverschuldet in finanzielle Not“ in geraten sind, wobei das alles noch ausgearbeitet und geprüft werden müsse. Sie spricht vom Milchfonds, aus dem ab dem Jahr 2010 Geld zur Verfügung gestellt werde (für 2012: 131 Mio. Euro), und von 90 Mio. Euro weiteren EU-Mitteln für die Jahre 2009 und 2010 zusammen.

„Die um 15 Cent je kg gefallen Milchpreise bringen den Milchviehbetrieben einen Verlust von über 4 Mrd. Euro jährlich“, kommentiert der Abl-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Die Abl-Vorsitzende Maria Heubuch sagte nach ihrer Teilnahme an der Runde: „Unsere existenzbedrohende Situation ist in Berlin angekommen, aber der Politik fehlt immer noch die Bereitschaft, daraus auch die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Während Frankreich und Österreich beschlossen haben, die auf EU-Ebene beschlossenen Quotenerhöhungen in diesem Jahr einzufrieren, fehlt in Deutschland bislang die politische Initiative, um das Grundproblem der Übermengen in den Griff zu bekommen.“

Palaver, keine Ergebnisse

BDM-Vorsitzender Romuald Schaber formulierte auf der Kundgebung in Hannover: „Gestern beim runden Tisch gab es viel Palaver, aber keine Ergebnisse. Den Liquiditätshilfen wollen wir uns nicht verschließen, aber auch sie sind nur zu verantworten, wenn das Problem an der Wurzel angepackt und die Mengen in den Griff genommen wird.“

Das Grundproblem der Übermenge sei dabei nicht vom Himmel gefallen. „Die Politik, vor allem die Landesminister im Bundesrat, hat total versagt. Das Versagen hat einen Namen: den Namen Ehlen, den Namen Hauk, den Namen von Boetticher und den Namen Backhaus“, zählte Schaber die Minister aus Niedersachsen, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein (alle CDU) und Mecklenburg-Vorpommern (SPD) auf. Die katastrophale Lage sei „Ergebnis der Arbeit der jetzt regierenden Parteien. Wenn die dabei bleiben, sollten wir unser Kreuz bei den kommenden Wahlen dort nicht mehr machen. Es liegt in der Hand der Politiker, uns bis zum Wahltag noch zu überzeugen. Das liegt bei ihnen, nicht bei uns“, so Schaber. Bei den Wahlen seien Politiker empfindlich. Bereits reagiert hat am Tag der Milchbauern-Aktionen Bayerns Landesminister Helmut Brunner (CSU). Mit dem Gipfel seiner Parteikollegin Aigner scheint auch er unzufrieden und fordert nun Kanzlerin Merkel zum Handeln auf. Zudem fordert er als „Sofortmaßnahme“ 5 % der Milchquoten „auszusetzen und die Möglichkeiten der Saldierung zu unterbinden“. Ein entsprechender Antrag im Bundesrat ist noch nicht bekannt.

Zum Schluss ließen Romuald Schaber in Hannover und Jürgen Menken in Stuttgart darüber abstimmen, ob sie den Kopf in den Sand stecken oder weiterkämpfen sollen und dafür auch mal nach Paris oder Prag fahren werden. Die Zustimmung war eindeutig. Und Schaber kündigte weitere Aktionen an: „Da ist noch einiges in der Pipeline.“

Zelten vor der Kieler Staatskanzlei

Eine Übernachtungsaktion mit Milchbäuerinnen

Montag, fünfzehn Uhr im Düsternbrocker Weg Einhundertvier. Etwa vierzig Schritte von der Kieler Staatskanzlei entfernt. Astrid Vöge und ihre Tochter Birte bauen schnell ein kleines grünes Zweimannzelt auf, pfla-

stern es mit zwei Isomatten und Schlafsäcken, legen sich rein und lächeln aus der Zeltöffnung. „So ist es gut“, sagt ein Mann mit Fotoapparat, der sich mit den Worten vorgestellt hat: „Ich bin von der dpa, brauche ein Foto und

habe nur wenig Zeit.“ Fast hundert Milchbäuerinnen haben sich eine Stunde später zur Kundgebung der Aktion eingefunden: „Die Milchpolitik raubt uns Bäuerinnen den Schlaf. Bundeskanzlerin Merkel – Milchgipfel jetzt sofort!“

Durch die kleine Zeltlandschaft spaziert auch Landwirtschaftsminister Christian von Boetticher und schüttelt vielen Bäuerinnen die Hand. Kurze Zeit später sagt er: „Die EU hat sich klar verabschiedet von der Milchquote.“ Von Boetticher schiebt auch gleich hinterher, dass er sich gegen ein europäisches Regulierungssystem ausgesprochen habe. Er macht also selbst seine Mitverantwortung deutlich, dass es zurzeit auf EU-Ebene keine Mehrheiten für die Fortführung eines flexiblen Milchmengenmanagements gibt. Und um eine Mehrheit aufzubauen, bringe es auch nichts, so die Logik des Landwirtschaftsministers, wenn Deutschland dafür stimmen würde.

Jedenfalls reichte der Beitrag für anhaltende Diskussionen unter den Milchbäuerinnen, die auch über Nacht vor der Staatskanzlei Mahnwache halten wollen. „Das Milchboard ist die einzige

Alternative, falls die Milchquote ersatzlos auslaufen sollte“, sagt Skrolam Starke. Sie ist Milchbäuerin in Bad Oldesloe und bewirtschaftet mit ihrem Mann einen Betrieb mit 95 Milchkühen. „Die derzeitige Situation ist sehr belastend, auch für die Kinder. Das sind Sorgen, die wir vor den Kindern nicht mehr verbergen können.“

Gegen sechs Uhr und vor dem Frühstück begann die Aufräumaktion. Reste von Feuerstellen verschwinden in Windeseile, der verteilte Müll wird unsichtbar und die Essensreste verteilen sich in viele Haushalte. „Die Nacht war angenehm“, fand Astrid Vöge. „Das hätte ich mir schlimmer vorgestellt.“ Was sie bewegt? „Wenn der Milchpreis so gering ist, müssen wir auf uns aufmerksam machen. Auch in Zukunft werden wir uns immer wieder zeigen.“ Um neun Uhr, kurz nach dem Gottesdienst, ist der Platz wieder leer.

Die Aktion in Kiel wurde unterstützt von Vertreterinnen der Großtierpraxen Schleswig-Flensburg, „Brot für die Welt“, dem Frauenwerk der Nordelbischen Kirche und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft.

Berit Thomsen



Zwei Milchbäuerinnen auf ihrem „Zeltplatz“ vor der Kieler Staatskanzlei Foto: Wosnitza

Schlaflos in Düsseldorf

Aufgebrachte Milchbäuerinnen vor der Staatskanzlei in NRW

„Die europäische Milchpolitik raubt uns den Schlaf“, so stand es auf dem Plakat der Milchbäuerin, die sich am 06. April zusammen mit anderen Frauen auf eine Nacht in Zelten und Schlafsäcken vor der Staatskanzlei in Düsseldorf einstellte. Dort trafen sich etwa 100 Bäuerinnen aus Nordrhein-Westfalen, um in einer Protestaktion die Politik auf ihre Verantwortung für die katastrophale Lage auf dem Milchmarkt aufmerksam zu machen. Mit einer Resolution, die sie Ministerpräsident Jürgen Rüttgers übergeben wollten, forderten sie, ihr Anliegen an Bundeskanzlerin Angela Merkel weiter zu tragen: „Die Einberufung eines Milchkriseengipfels als ersten Schritt auf einem Weg aus der anhaltenden ruinösen Marktlage für Milch.“ Statt des Regierungschefs kamen zwei Landwirtschaftsreferenten. Dass beide Vertreter über wenig Kenntnisse auf ihrem Gebiet verfügten, wurde schnell deutlich. Eine Bäuerin bemerkte, dass sie ihre Milchgeldabrechnung erst viel später nach Ablieferung der Milch erhalte. „Das glaube ich nicht, das ist

doch in keiner Branche üblich“, schüttelte die Referentin ungläubig den Kopf. Nicht wenige waren ob dieser Aussage erstaunt, denn nach eigener Aussage waren die Referenten dafür zuständig, den Landwirtschaftsminister Eckhard Uhlenberg zu beraten und Gesetzesvorschläge zu bewerten.

Auch in Bayern gab es rege Diskussionen und viel Unmut bei den 150 Milchbäuerinnen, die vor der Staatskanzlei in München aufwarteten und ihre Zelte aufschlugen. Die Frauen kritisierten unter anderem die zerstörerische Wirkung von Exportsubventionen auf Milchbauern in Entwicklungsländern und berichteten über die für sie und ihre Familien zermürbende Situation auf den Höfen. Sabine Holzmann, Milchbäuerin aus dem kleinen bayerischen Ort Wurmsham war entschlossen: „Wenn Frau Merkel nicht zu einem Milchgipfel bereit ist, werden wir Bäuerinnen zu ihr kommen. Aber dann werden wir mehr sein als heute, dann wird sie eine Welle von emotionsgeladenen Bäuerinnen überrollen.“

mh



Österreich

Aufmerksame Zuhörer mit Fahnen und Transparenten, eine Treckersternfahrt auf der Wiener Ringstraße mit 400 Traktoren und 2.000 Bauern und Bäuerinnen, in Österreich kam kaum jemand an den protestierenden Milcherzeugern vorbei. Ernst Halbmayr von der IG Milch betonte denn aber auch, dass man auf eine gewissen „Konsumpatriotismus“ angewiesen sei, um den Kampf gegen den Milchpreisverfall zu gewinnen. cs



Frankreich

In ganz Frankreich übergaben Bäuerinnen und Bauern Protestbriefe mit ihren Forderungen an 60 Regionalregierungen (Präfecturen), führten Gespräche mit Ministern in Paris und verkündeten dezentral ihren Unmut auf Transparenten bei Treckerrundfahrten. cs

Belgien

500 Milchbäuerinnen und Bauern begleitet von 100 Traktoren zogen in Belgien in einem Protestmarsch vor das Ministerium in Namur um ihre Forderungen für einen höheren Milchpreis Nachdruck zu verleihen. Bischof Léonard unterstützte ihre Forderungen. Die Milchbauern haben für die Menschen in Belgien eine wichtige Funktion, so der Bischof. Erwin Schöppen Präsident der belgischen Milcherzeuger-Interessengemeinschaft überreichte ihm anschließend ein Glas Milch. Auch der regionale Minister Benoît Lutgen und Landwirtschaftsministerin Sabine Laruelle signalisierten Zustimmung für die Forderungen der Milchbauern nach fairen Milchpreisen und veränderten Rahmenbedingungen. Unterdessen weigert sich der Nordbelgische Bauernverband weiterhin mit den Milchbauern zusammen zu arbeiten. mh



Fotos: European Milk Board



Schottland

Mehr als 100 Bauern und Bäuerinnen zogen mit Faironikas und echten Kälbchen vor das schottische Parlament in Edinburgh. Auch sie forderten von denen zum Gespräch vor das Gebäude geeilten Politikern eine flexible Mengenregulierung für faire Milchpreise. cs

Deutschland

In Hannover demonstrierten 4.000 Bauern und Bäuerinnen mit Traktoren und fünf echten Kühen, neben zahlreichen – auch schon mal mit solidarischen Grüßen aus dem Nachbarland mitgebrachten – Faironikas für eine flexible Mengensteuerung in Bauernhand. „Wir müssen Angebot und Nachfrage schleunigst wieder in die Balance bringen. Damit die Milchviehhalter das koordiniert erreichen können, ist die Politik aufgefordert, die vorhandenen Regelungen anzupassen“, gab EMB-Präsident Romuald Schaber Niedersachsens Landwirtschaftsminister Hans-Heinrich Ehlen (CDU) mit auf den Weg. Die fünf Kühe bekam er auch. Derweil waren in Stuttgart rund 10.000 Bauern und Bäuerinnen auf den Beinen und forderten den baden-württembergischen Landwirtschaftsminister Peter Hauk auf, nicht länger den freien Markt zu fordern. Er ließ verlauten, dass er wisse, dass die Bauern zu diesen Preisen nicht produzieren könnten aber die Molkereien würden ihrer Verantwortung nicht gerecht und unterböten sich gegenseitig. Ein Grund mehr, das Heft des Handelns selbst in die Hand zu bekommen, so auch die Botschaft der AbL-Vorsitzenden Maria Heubuch. cs



Die Organisationen werden extrem im Würgegriff genommen

In der Schweiz endet die Milchquote Anfang April. Ein Interview mit Werner Locher von der Milchbauernvereinigung Big M

Unabhängige Bauernstimme: Vor einem Jahr beim Milchstreik haben die Schweizer Milchbauern einen großen Erfolg erzielt. Die Molkereien verpflichteten sich, 6 Rappen mehr pro kg Milch zu zahlen. Was ist von diesem Erfolg übrig geblieben?

Dieser Erfolg hat nicht gehalten. Ursprünglich sollte diese Vereinbarung bis Ende des Jahres gehen. Im November hatten wir Preissenkungen, weil die Verarbeiter argumentierten, bei diesem hohen Preis ihre Produkte nicht mehr absetzen zu können. Zudem haben die großen Handelsketten in der Schweiz begonnen, Schweizer Milchprodukte aus den Regalen zu nehmen und durch Importprodukte aus der EU zu ersetzen. Das Dritte, was passiert ist, ist dass die Unternehmen Mehrmengen, die über die Quoten hinausgehen, für sogenannte „neue Märkte“ beantragten.

Wer genehmigt in der Schweiz solche Mehrmengen?

Bewilligt wurden die Mehrmengen durch das Bundesamt für Landwirtschaft in Bern. Viele Millionen Kilogramm Milch wurden einfach so bewilligt, bis wir von Big M Radau gemacht haben. Da war es aber schon zu spät. Bisher liefern wir deshalb im laufenden Milchjahr (bis Ende April) schon 7 Prozent mehr.

Die Schweizer Milchbauern sind in Produzentenorganisationen und Produzenten-Milchverwerterorganisationen organisiert. Welche Rolle spielen diese bei der Beantragung von Mehrmengen?

Da liegt eine Ausrede der Regierung, die sagt, dass die Bauern die Mehrmengen beantragt haben. Unsere Produzentenorganisation, bei der ich Mitglied bin, hat gemeinsam mit den Verarbeitern Mehrmengenprojekte realisiert. Der Verarbeiter hat beim Geschäftsführer angefragt, ob wir bereit seien, für ein Projekt im Ausland die zusätzliche Milch zu liefern. Der Preis liegt dabei 10 Rappen unter dem Normalpreis. Viele Bauern haben von diesem Angebot Gebrauch gemacht.

Warum erklären sich die Bauern bereit, zu einem so geringen Preis überhaupt zu liefern?

Hintergrund ist die Frage, welches die Referenzmenge für die Liefermenge nach dem ersten Mai 2009, also nach dem Wegfall der offiziellen Milchquote, ist. Die Verarbeiter haben kommuniziert, dass für den neuen Vertrag die Menge zu Grunde gelegt wird, die die Bauern in diesem Jahr inklusive der Mehrmenge ermolken haben.

Es gibt aber auch andere Vorstellungen?

Inzwischen haben sich ca. 85 Prozent



Die Schweizer Milchbauern erfahren schon jetzt, was der Quotenfall bedeutet.

Foto: Herzog

der Bauern dafür ausgesprochen, dass allein die mit der Milchquote erfasste Menge zu Grunde gelegt wird.

Wie ist das Verhältnis zwischen den Molkereien und den Bauern?

Vor allem die freien Produzentenorganisationen werden extrem in den Würgegriff genommen. Die Molkereien drohen, ihnen keine Milch mehr abzunehmen, wenn sie sich gegen die Mehrmengenregelung stellen. Schon nach dem Milchstreik war das so. Da hat der größte Milchverarbeiter unserer Organisation, weil dort die Streikbereitschaft sehr sehr hoch war, alle Verträge gekündigt. Die Vorstände der Produzentenorganisationen stehen extrem unter Druck. In vielen Fällen haben sie eng mit den Verarbeitern zusammengearbeitet.

Sie haben erzählt, dass viele der Bauern gerne Mehrmengen gemolken haben. Jetzt scheint es allerdings so zu sein, dass die Bauern gerne eine Be-

schränkung auf die bestehende Quotenmenge festlegen würden. Wie kam es zu diesem Umschwenken?

In Zeitungsartikeln und Leserbriefen haben wir von Big M dieses Problem immer wieder thematisiert. Und es war ja offensichtlich: Es ist zuviel Milch auf dem Markt. Und auch die Verarbeiter haben gesagt, es ist zu viel Milch auf dem Markt. Einzig die Erklärungen waren je nach Betrachter unterschiedlich.

Milchpreis auf dieser Basis segmentiert werden soll. Das bedeutet, dass ca. 90 Prozent der Schweizer Milch zu einem in der Schweiz akzeptierten Milchpreis verkauft werden kann, denn die Konsumenten haben klar signalisiert, dass sie hinter der Forderung nach kostendeckenden Preisen für die Bauern stehen. Die restlichen ca. 10 Prozent müssen dann zu einem tieferen Preis geliefert werden.

Etwas Vergleichbares wie das Milchboard gibt es in der Schweiz derzeit also noch nicht?

Es geht bei uns jetzt erst mal darum, die 7 Prozent Mehrmenge abzuschaffen, damit wir wieder bei 100 Prozent ankommen. Ob das dann die richtige Menge ist, wissen wir nicht, weil es keine flexible Mengensteuerung ist.

Im August gab es eine Umfrage von der SMP, bei der sich die Milchbauern zu 88 Prozent für einen nationalen Milchpool ausgesprochen haben.

Diese Umfrage hat die Verarbeiter in höchstem Maße alarmiert und sie haben in der Folge versucht, einen Keil zwischen die Bauern zu treiben, um diese zu verhindern.

Wie kann bzw. muss man sich die Zukunft der Milchmengensteuerung in der Schweiz vorstellen?

Es gibt drei Stufen. Die erste ist die Rückführung der Milchmenge auf die Quotenmenge. Die zweite Stufe ist eine schrittweise Zusammenführung der verschiedenen Produzentenorganisationen. Und das mündet schließlich in Stufe drei, wenn alle Organisationen in eine zusammengeführt sind. Vielen Bauern sind ihre Organisationen aber sehr ans Herz gewachsen und sie sind noch nicht bereit, diese aufzugeben.

Die Bündelung der Milch würde dann also über den Zusammenschluss der einzelnen Organisationen zu einer einzigen erfolgen?

Die Sammeltoeren und Lieferungen an Molkereien werden sicher auch in Zukunft regional organisiert bleiben, aber die Preisverhandlungen und die Mengensteuerung müssen in Zukunft zentral geschehen.

Vielen Dank für das Gespräch mn

Worin unterschieden sich die verschiedenen Positionen?

Die Verarbeiter haben gesagt, dass aufgrund eines marktfernen, zu hohen Preises die Bauern angefangen hätten, mehr zu melken, während wir immer darauf bestanden haben, dass es die Verarbeiter waren, die die Marktlage falsch eingeschätzt haben und viel zu viel Mehrmengen beantragten. Das Bundesamt hat seine Kontrollaufgabe nicht wahrgenommen und zusätzliche Menge ungeprüft genehmigt, denn auch in seinem Interesse lag es, den Preis zu drücken.

Welche Rolle spielt der Dachverband der Schweizer Milchproduzenten, die SMP?

Im November fand in Bern eine Versammlung mit 3.000 Delegierten aus der ganzen Schweiz statt und hat mit nur wenigen Gegenstimmen beschlossen, dass das neue Lieferrecht gleich dem alten ohne Mehrmengen sein soll. Ein zweiter Beschluss war, dass der

„Monsanto will vollendete Tatsachen schaffen“

Johannes Rieger, IG-Nachbau-Mitglied, fuhr für das Bündnis gentechnikfreies Hohenlohe nach Mexiko

Ausgerechnet in Mexiko, der Wiege des Mais und gleichzeitig ein Land im Visier der Gentechnikindustrie, fand eine Sitzung der Arbeitsgruppe des UN-Abkommens über Biosicherheit, des sogenannten Cartagena Protokolls statt. In diesem Protokoll wird durch Staatenvertreter und sogenannte Experten über die Problematik des „grenzüberschreitenden Verkehrs von genetisch veränderten Produkten“ diskutiert. Dabei geht es u.a. um Fragen der Kontamination, möglicher Entschädigungszahlungen und Verantwortlichkeiten. Viele Nichtregierungsorganisationen wollten diese Konferenz zum Anlass nehmen, um über die Bedrohung der einheimischen Sorten, des Saatguts und die Kontamination zu informieren und die Gefahren aufzuzeigen. Ein mexikanisches Netzwerk organisierte ein Parallelforum, zu dem auch Vertreter aus Europa eingeladen wurden. Saatgut ist in Mexiko noch frei handelbar. Es existiert noch keine Saatgut-Zertifizierung und die Bauern können ihr Saatgut frei austauschen. Doch mittlerweile gibt es starke Bestrebungen von Seite der Saatgutindustrie, auch in Mexiko ein Saatgutverkehrsgesetz einzuführen. Gemeinsam mit der Initiative „Entre Campos – Zwischen Land und Leuten“ mit Sitz in Mexiko und Deutschland wurde das Bündnis Gentechnikfreies Hohenlohe angesprochen und ein Vertreter eingeladen. Johannes Rieger, dessen Familienunternehmen Saatgut von Wildpflanzen vermehrt und deshalb auch schon eine gerichtliche Auseinandersetzung mit dem Bund deutscher Pflanzzüchter ausgefochten hat, folgte der Einladung und flog nach Mexiko. Dort interviewte ihn der freie Journalist Gerold Schmidt.

Unabhängige Bauernstimme: In Deutschland und Europa gibt es eine heiße Diskussion um den gentechnisch veränderten Mais Mon 810 von Monsanto. Wie sieht die Situation in Mexiko aus?

Johannes Rieger: In Mexiko ist Genmais für den Konsum durch Menschen und Tiere offiziell verboten. Doch gerade erst hat die mexikanische Regierung mit der Erlaubnis für die experimentelle Nutzung von Genmais ein Einfallstor geöffnet. Nicht umsonst nennen viele kritische Organisationen das reformierte mexikanische Gesetz über Biosicherheit das „Monsanto-Gesetz“. Außerdem gibt es bereits seit Jahren eine illegale Verseuchung über den Import von gentechnisch verändertem Mais aus den USA. Mexikanische Bauern haben die Maiskörner zum Teil zur Aussaat benutzt, ohne zu wissen, was sie da in den Boden setzen. In verschiedenen Regionen des Landes ist inzwischen Genmais nachgewiesen worden. Die mexikanischen

Bauern und Gruppierungen, die sich im „Netzwerk zur Verteidigung des Mais“ zusammen geschlossen haben, werfen ihrer Regierung vor, die mittelfristigen Gefahren herunter zu spielen und bewusst die Augen vor der illegalen Verbreitung des Genmais zu verschließen. Sie gehen davon aus, dass es sich um eine klare Strategie von Konzernen und möglicherweise der Regierung handelt, einfach vollendete Tatsachen zu schaffen.

Monsanto und andere Zuchtunternehmen führen höhere Erträge und stärkere Widerstandsfähigkeit ihrer Produkte an. Daran sind zumindest Zweifel erlaubt. Und: den Konzernen geht es um Gewinn und Kontrolle des Marktes, nichts anderes. Sie wollen die ganze Handelskette vom Saatgut bis hin zum abgepackten Lebensmittel kontrollieren. In Deutschland wird versucht und durchgesetzt, unter anderem über Patentierungen auch auf den Nachbau von gekauftem Saatgut Lizenzgebühren zu erheben. Bei den Mexikanern stieß ich mit dieser Information auf unglaubliches Interesse, als ich dies auf einem

ern haben Angst, dass die Vielfalt der 59 einheimischen Maisarten und 16.000 unterschiedlichen Sorten verloren geht, wenn das Saatgut in Mexiko unter die Kontrolle weniger Anbieter von wenigen ausgewählten Züchtungen geht – sei es illegal eingeführter Genmais oder seien es Hybridsorten.

Wird das Bündnis Gentechnikfreies Hohenlohe den Kontakt nach Mexiko halten?

Wir haben einen ständigen Informationsaustausch mit einer kleinbäuerlichen Organisation im Hochland des Bundesstaates Oaxaca vereinbart. Dort wurde bereits vor acht Jahren Genmais entdeckt, der den Vermutungen nach aus Saatgut stammte, dass eine staatliche mexikanische Behörde in den USA einkaufte und über ihr Verteilernetz verbreitete. Die Bauern dort versuchen dagegen, die traditionelle milpa, den Maisanbau traditioneller Sorten im Verbund mit anderen Feldfrüchten zu verteidigen und außerdem auf chemische Dünger- und Schädlingsbekämpfungsmittel zu verzichten. Seit Jahren sind sie im Netzwerk zur Verteidigung des Mais aktiv.



Nach seiner Rückkehr bekam Johannes Rieger Besuch von der NGO-Vertreterin Ana de Ita aus Mexiko. Foto: Fritz

Forum und während meiner einwöchigen Reise vortrug. Das ist in Mexiko zumindest beim Mais noch undenkbar. Besonders die Millionen Kleinbauern – im Gegensatz zu Deutschland dort noch nicht ausgestorben – arbeiten mit eigenem Saatgut und tauschen es untereinander. Dagegen steht der Anspruch der Saatgutkonzerne. Jahrelang machte Monsanto ganz offen Werbung mit dem Spruch: „No food shall be grown that we don't own“. Beim Genmais kontrollieren sie bereits 80 bis 90 Prozent des Handels weltweit, dazu kommen nur noch vier, fünf weitere Firmen, darunter Bayer. Viele mexikanische Bau-

Nachtrag:

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen hob die mexikanische Regierung das Moratorium für den Anbau von Genmais auf und erlaubte am 6. März offiziell den „Versuchsanbau“ von Genmais-Sorten. Besonders überraschend: Die Entscheidung fiel nur eine Woche nach der Sitzung des Cartagena-Protokolls. Anträge auf Anbau von sechs verschiedenen Genmaissorten hat Monsanto bereits eingereicht, darunter Mon 810.

cs



Ökozüchtung

Vom 25. bis 28. August 2009 veranstaltet die Ifoam (Internationaler Dachverband des Ökolandbaus) in Santa Fe, USA, eine Konferenz zur ökologischen Tier- und Pflanzenzüchtung und dem Erhalt der genetischen Vielfalt. Bis dahin will die Ifoam ein Leitlinien-Papier erarbeiten, in dem die wesentlichen Grundsätze für eine ökologische Züchtung festgelegt werden sollen. Weitere Infos: www.ifoam.org/breeding-diversity-conference.html

BDP-Positionen

Anlässlich des Tags des geistigen Eigentums hat der Bundesverband Deutscher Pflanzzüchter (BDP) ein Positionspapier veröffentlicht, in dem er einmal mehr darauf hinweist, wie sehr die Züchter zur Entwicklung neuer Sorten auf die Nachbaugebühren angewiesen sind. Der BDP fordert von der Politik Aktivität, da es den Züchtern momentan erschwert werde, an ihr Geld zu kommen. Von den Bauern und Bäuerinnen fordert er Verständnis. cs

Die Kennzeichnungslücke muss geschlossen werden

Gentechnik im Essen wird in der EU gekennzeichnet – doch die Verordnung hat einen Schönheitsfehler

Neue gt-freie Region

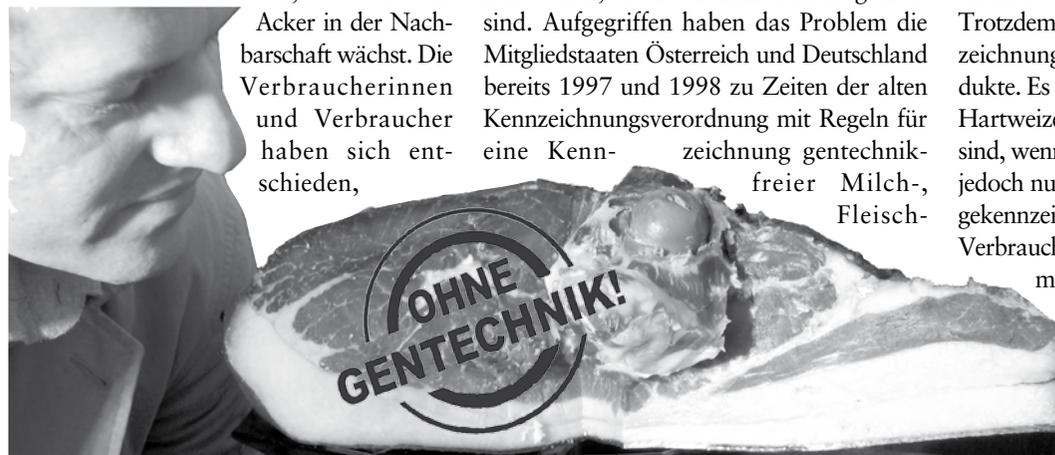
Landwirte aus Prignitz in Brandenburg haben eine neue gentechnikfreie Region gegründet. 54 Landwirte mit insgesamt über 25.000 Hektar – etwa ein Fünftel der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landkreises – haben eine Erklärung unterschrieben, in der es heißt: „Pflanzen und Tiere gehören den Landwirten und nicht der Industrie“. Die Initiatoren, Bernd Teickner aus Gumtow und Reinhard Jung aus Lennewitz betonten, dass Patente auf Lebewesen, wie sie für gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere bestehen, die unternehmerische Freiheit der Landwirtschaftsbetriebe bedrohen. In Brandenburg gibt es bereits mehrere gentechnikfreie Regionen in der Uckermark, im Kreis Märkisch-Oderland und im Spreewald. mh

Gentechnik im Senf

Importierter Gelbsenf aus Ländern wie Kanada birgt laut dem LfL Pflanzenbau Freising „erhebliche Risiken“ wegen beigemengtem gentechnisch verändertem Sommerraps. Nach der Aussaat drohen der Umbruch des Bestandes, jahrelange Überwachung der Folgefrüchte. Die Versuche von Handelsbetrieben, die Gentechnikfreiheitsvorgaben des Saatgutverkehrs-gesetzes durch Deklaration als „Konsumware“ zu umgehen, werden kritisiert, zumal sie dem betroffenen Landwirt die Durchsetzung von Schadenersatz gegen den Lieferanten erschweren würden. pm

Die EU-Verordnung zur Kennzeichnung von Gentechnik in Lebensmitteln hat eine Lücke bei der Kennzeichnung von Milch, Fleisch und Eiern.

2003 wurde die neue Kennzeichnungsverordnung der EU verabschiedet. Das war nach langem Ringen und trotz einiger Kompromisse ein großer Erfolg: Danach müssen Produkte, die aus GVO hergestellt werden oder GVO enthalten, gekennzeichnet werden. Selbst dann, wenn das manipulierte Gen im Endprodukt nicht mehr nachweisbar ist – wie es beispielsweise bei Zucker aus gentechnisch veränderten Zuckerrüben der Fall ist. Das bedeutet echte Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher: Sie können entscheiden, was sie essen – und darüber mitentscheiden, was auf dem



Acker in der Nachbarschaft wächst. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben sich entschieden,

mit Erfolg: Bisher hat keine Supermarktkette GVO-Produkte gelistet. Die Industrie hat sich jedoch 2003 damit durchgesetzt, dass tierische Produkte – Milch, Fleisch, Eier und Produkte daraus – nicht gekennzeichnet werden müssen. Die Begründung ist recht theoretisch: Dabei handele es sich um Produkte, die nicht aus GVO sondern mit Hilfe von GVO hergestellt würden – also z.B. mit Hilfe von gentechnisch veränderten Sojabohnen oder Mais als Futtermittel. Tatsache ist jedoch, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher lieber selbst darüber entscheiden würden, ob sie mit dem Joghurt, den sie essen, den Gentechnik-Sojaanbau unterstützen wollen oder lieber einen Bauernhof, der gentechnikfrei füttert. Und ob sie sich selbst Risiken aussetzen wollen, die noch immer nicht geklärt sind. Aufgegriffen haben das Problem die Mitgliedstaaten Österreich und Deutschland bereits 1997 und 1998 zu Zeiten der alten Kennzeichnungsverordnung mit Regeln für eine Kennzeichnung gentechnikfreier Milch-,

und Eiprodukte. Seit letztem Jahr ist in Deutschland eine neue Regelung in Kraft, die praktikabler ist und von Molkereien und Schlachtereien genutzt wird. Frankreich hat Anfang letzten Monats, nachdem Verbraucherorganisationen seit Langem darauf drängen, den Weg frei gemacht für ein Label „gentechnikfrei gefüttert“. Das sind wichtige Schritte, auch um zu zeigen, dass gentechnikfreie Produktion weiter möglich ist und um gentechnikfreie Vertriebswege zu erhalten. Die Soja- und Maislieferanten brauchen klare Signale, dass es in Europa einen Markt für gentechnikfreie Futtermittel gibt. Dann können sie sich darauf einstellen – brasilianische Sojalieferanten können alles liefern. Allerdings brauchen sie eine gewisse Planungssicherheit.

Trotzdem bleibt die so genannte Positivkennzeichnung ein Kompromiss für einige Produkte. Es ist nicht besonders logisch, dass die Hartweizennudeln garantiert gentechnikfrei sind, wenn nichts drauf steht – die Eiernudeln jedoch nur dann, wenn sie als gentechnikfrei gekennzeichnet sind. Verbraucherinnen und Verbraucher wollen freie Wahl – europaweit, mit einer einheitlichen Kennzeichnung für pflanzliche und tierische Erzeugnisse.

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Antje Kölling

GMO-freies Soja direkt aus dem Rotterdamer Hafen

Ein Interview mit Reinhard Gilhaus, Geschäftsführer der Raiffeisengenossenschaft Saerbeck

Herr Gilhaus, Sie bieten Ihrer bäuerlichen Kundschaft seit einem guten halben Jahr auch garantiert gentechnikfreie Futtermittel und Mischungen an. Was ist Ihre Motivation?

Ich halte die Sache persönlich für richtig, da ich glaube, dass wir, wenn wir die Gentechnik zulassen, in eine unkontrollierte Geschichte reinlaufen, deren Folgen wir heute noch gar nicht abschätzen können. Von den Konzernen, die sie durchsetzen wollen, wird viel verschwiegen. Wir brauchen ein Umdenken auch in der Politik, gerade im Hinblick auf die Frage des Welthungers. Meine Meinung ist: Wir müssen nicht mit Hilfe der Gentechnik mehr ernten, sondern aufhören, Getreide zu verbrennen oder Ethanol draus herzustellen.

Was war der konkrete Anstoß, etwas zu verändern?

Konkret gab es bei uns Anfragen von Bauern nach gentechnikfreien Futtermitteln, die haben dann die Nachfrage koordiniert, Aufträge gesammelt. Die Kosten, die entstehen, sind natürlich noch deutlich höher je nach Futter bei Soja zwischen 20 und 40

Euro mehr pro Tonne, bei einheimischem Futter sind es etwa 10 Euro pro Tonne. Wir beziehen GMO-freies Soja direkt aus Holland aus dem Rotterdamer Hafen, Futter aus einheimischen Rohstoffen kommen aus dem Mischfutterwerk Raiffeisen Hohe Mark eG in Lembeck, das die Landliebe-Mischungen herstellt.

Häufig hört man von langen Vorlaufzeiten, weil beispielsweise die gentechnikfreien Sojachargen aus Brasilien frühzeitig vertraglich gebunden sind?

Wir haben uns einen Weg erarbeitet, der es möglich macht, heute zu bestellen und dann innerhalb von drei Tagen das Futter geliefert zu bekommen.

Gab es Probleme, Schwierigkeiten, mit denen Sie vorher nicht gerechnet hatten?

Mit der Beschaffung gibt es keine Probleme. Das hat auch damit zu tun, dass wir auf Kontinuität und Qualität setzen, wir sind nicht der billige Jakob. Die Logistik lässt sich organisieren, je mehr mitmachen, desto günstiger wird es. Das ist genau die Schwierigkeit momentan, dass die Bauern zu wenig für ihre Erzeugnisse erlö-

sen, als dass sie sich das teurere Futter leisten können. Sie wollen etwas Besonderes machen und bekommen aber den Aufwand nicht wieder. Die Konzentrationsprozesse in der Verarbeitung und im Handel sind Gift für die Landwirtschaft und die Politik lässt die Bauern im Regen stehen...

Insofern gibt es im Moment einen festen Kreis von Bauern, so im Umkreis von 50 km um Saerbeck, die wir mit gentechnikfreien Futtermitteln beliefern, der momentan nicht viel größer wird, obwohl das Interesse bei Weiteren eigentlich da ist.

Wagen Sie einen Ausblick, wie geht es weiter in Sachen Gentechnik und Futtermitteln?

Die Politik muss klarere Worte sprechen und den Verbraucherschutz stärken, acht von zehn Verbrauchern wissen gar nicht so genau, wie ihre täglichen Lebensmittel produziert werden. Ich bin überzeugt, dass mit einer vermehrten Aufklärung auch die Sensibilität der Verbraucher wächst.

Vielen Dank für das Gespräch

Ihr Schwein gehört mir! Zahlen Sie jetzt!

Tausende legen beim Patentamt Widerspruch ein

Es klingelt. Ein netter Mann im Anzug steht vor der Tür und fragt bestimmt nach, ob für die Schweine im Stall denn schon die anfallende Patentgebühr bezahlt worden ist? Falls nicht, könne man das am besten gleich hier in bar machen. Ansonsten sähe er sich gezwungen, die Tiere als Eigentum seines Unternehmens zu betrachten und mitzunehmen.

Zugegeben, es ist wohl kaum damit zu rechnen, dass ein Patentinhaber persönlich an die Tür klopft. Dass aber überhaupt ein Patent auf Tiere vergeben wird scheint inzwischen, zumindest für das europäische Patentamt zur Normalität zu gehören. Für viele Bauern, Züchter und Verbraucher ist dies indes noch immer unvorstellbar. In München übergaben deshalb rund 1.000 Menschen im Rahmen der Demonstration „Kein Patent auf die arme Sau“ über 5.000 Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie etwa 50 Verbänden gegen das bereits erteilte Patent auf ein Zuchtverfahren bei Schweinen des Unternehmens Newsham Choice Genetics. Ursprünglich war das Patent auf Schweine, die sich nicht von herkömmlich gezüchteten Tieren un-

„Weil die Industrie glaubte, man bräuchte nur noch ein industrielles Einheitsschwein, gingen viele Rassen verloren.“ Auch die Schwäbisch-Hällischen waren fast verschwunden. Nur wenige Tiere bildeten die Grundlage der heutigen Zucht. „Wir als Bauern erhalten die genetische Vielfalt und dann kommt Monsanto und möchte unsere Arbeit patentieren“, so Bühler, der zur Verdeutlichung gleich eine ganze Herde vergnügt den Rasen zerwühlender Schweine mit nach München gebracht hat.

Kein Patent auf Leben

Den Organisatoren der Demonstration, neben den zitierten auch Misereor und „kein Patent auf Leben“, allerdings ging es nicht allein um die Schweine. „Tiere und Pflanzen sind freie Geschöpfe und dürfen nicht patentiert werden“, fasst Annemarie Volling von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) die Position zusammen. Die Vorsitzende der AbL-Bayern Edith Liersch stellte fest, dass es niemanden gibt, der eine Pflanze oder ein Tier erfunden hat. Diese seien vielmehr entdeckt worden.



Auch die Schweine der BESH demonstrierten vorm europäischen Patentamt in München. Foto: Nürnberger

terscheiden lassen, von dem Agrarkonzern Monsanto beantragt worden, um dann weiterverkauft zu werden. Wie trivial das zu patentierende Verfahren ist verdeutlichte Christoph Then von Greenpeace an einem imaginären Elefantenpatent (siehe nebenstehende Meldung).

„Bauern, die Jahrzehnte und Jahrhunderte lang gezüchtet haben, sollen hier um ihren Lohn betrogen werden“, resümierte Romuald Schaber, Vorsitzender des Bundesverbands Deutscher Milchviehalter. Genau dies veranschaulichte Rudolf Bühler, Vorsitzender der bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Schwäbisch-Hall (BESH) anhand der schwäbisch-hällischen Schweine.

Viel Geduld

Nachdem die Einwände an der Poststelle des Patentamtes abgegeben sind, heißt es jetzt Geduld bewahren. Erst in ca. zwei Jahren ist nach Auskunft des Europäischen Patentamtes mit einer Entscheidung zu rechnen. Eine aufschiebende Wirkung auf das Patent hat der Einspruch nicht. Trotzdem sind erste Erfolge im Kampf gegen Patente auf Leben zu verzeichnen. Schon im März hat die hessische Landesregierung gemeinsam mit den Grünen im Bundesrat eine Änderung der europäischen Patentgesetze verlangt, damit die Erteilung derartiger Patente in Zukunft unterbunden wird. *mn*

Kurzes am Rande

Das Elefantenpatent

Wie bekommt man ein Patent auf ein Lebewesen, das es bereits gibt? Als erstes braucht man ein Tier oder eine Pflanze, die man patentieren möchte. Ein Blümchen, ein Lebermoos oder aber einen Elefanten. Zusätzlich braucht man noch ein technisches Hilfsmittel. Denn nur durch dessen Einsatz bei der Auslese ist eine Patentierung überhaupt möglich. Anbieten würde sich ein Zollstock. Der ist einfach zu handhaben, er muss nicht neu erfunden werden und ist kostengünstig. Mit dem Zollstock vermisst man nun den Elefanten. Oder vielmehr ein beliebiges Körperteil des Elefanten. Anbieten würde sich der Rüssel. Wir messen also die Rüssellänge. Das machen wir bei einer Reihe von Elefanten und bilden aus den Messergebnissen den Mittelwert. Für unseren Patentantrag haben wir jetzt alle Einzelteile zusammen. Wir beantragen ein Patent auf Elefanten mit einer Rüssellänge die dem von uns ermittelten Durchschnitt entspricht bzw. darüber oder darunter liegt. Als technisches Hilfsmittel, das unsere Methode einmalig und schützenswert macht, dient der Zollstock. Unter das Patent fallen alle Elefanten, bei denen die Rüssellänge mit einem Zollstock vermessen wurde, sowie deren direkte und indirekte Nachkommen. Klingt doch ganz einfach. *mn*

„Eine gentechnikfreie KWS!“

Mit einer Sambagruppe an der Spitze zogen Mitte April etwa 250 Bäuerinnen und Bauern, Studenten aus Witzzenhausen, Mitglieder der Bürgerinitiative für ein gentechnikfreies Südniedersachsen sowie Bürger aus der Region quer durch die Innenstadt von Einbeck. Mit fast 40 Traktoren ging es zu einer Kundgebung vor den Toren des Saatgutherstellers KWS. „Für gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittel einzutreten, heißt immer auch, für gentechnikfreies Saatgut einzutreten!“, erklärte Stefi Clar von der biologischen Saatgutzüchtung Dreschflügel e.V. Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), betonte, dass Koexistenz nicht möglich ist, weder auf dem Acker noch bei der Saatgutherstellung. Die KWS rechtfertigt ihre Freisetzungsvorhaben von gentechnisch veränderten Rüben auch damit, dass sie Bauern eine Wahlfreiheit ermöglichen will. Phillip Brändle, Landwirt und Student der Agrarwissenschaften, hält das für blanken Zynismus. Benjamin Volz, Organisator der Demonstration, und die Demonstranten kritisierten die Unternehmenspolitik der KWS in Sachen Gentechnik. Die KWS leistet an ihrem Standort einen wichtigen wirtschaftlichen Beitrag für die Region. Daher fordern sie: „Eine gentechnikfreie KWS!“ *mh*

GVO-freie Vitamine erhältlich

Entgegen anderslautender Meldungen bietet der Markt durchaus gentechnikfreie Vitamine zur Fütterung von Tieren an. Nach den Richtlinien der deutschen Bioverbände, mussten Biobetriebe bisher auf den Einsatz einiger B-Vitamine verzichten, wenn diese mit GVO hergestellt wurden. Dass auch weiterhin gentechnikfreie Vitamine für die Tierernährung produziert werden können, beweist die Firma Lohmann Animal Health (LAH). „Natürlich gibt es nach wie vor „GVO-freie“ Vitamine. Wir können alle essentiellen Vitamine aus konventioneller Herstellung anbieten“, erläuterte Dr. Maria Seemann von Regulatory Affairs Futterzusatzstoffe. Alle für eine angemessene Ernährung notwendigen Vitamine könnten also weiterhin unmittelbar und ohne Einschränkungen mit gutem Gewissen in der Biobranche eingesetzt werden, so Seemann. *mh*

Vatikankonferenz pro Gentechnik

Die päpstliche Akademie der Wissenschaften plant vom 15. bis 19. Mai eine Studienwoche zum Thema: „Transgene Pflanzen für die Lebensmittelsicherheit im Entwicklungszusammenhang“ und hat dazu ausschließlich ausgewiesene Gentechnik-Befürworter eingeladen. Monsanto-Sprecher und andere Anhänger der Gentechnik werden keinen Zweifel daran lassen, dass das Welthungerproblem nur mit Hilfe der Gentechnik zu lösen ist. Die Spitze der katholischen Kirche steht schon seit längerem in dem Ruf – im Gegensatz zu vieler ihrer Vertreter vor Ort – die Gentechnik sehr positiv zu bewerten. Auch das kritische Schreiben eines irischen Mönches sowie Proteste einfacher Glaubensbrüder und -schwestern hat den Vatikan bislang nicht davon überzeugen können, das Programm ausgewogener zu gestalten oder ganz auf den Kongress zu verzichten. *cs*

In der Regenzeit wird die Milch noch schlechter bezahlt

Zwei Betriebsporträts aus Afrika und Deutschland zeigen Gemeinsamkeiten

„She is so beautiful.“ Patrick Bharunhanga aus Uganda steht am nördlichen Rand des Westerwaldes vor einer Weide von Bernd Schmitz. Der nickt: „Ja! Das ist Marlis. Sie gibt achttausend Kilogramm Milch im Jahr.“ Als Schmitz den Blick von Bharunhanga verfolgt, korrigiert er: „Ach, Du meinst die dahinter. Das ist Madonna.

deutsche Milchbauern in der Zwickmühle“ organisiert.

Schmitz und Bharunhanga nehmen sich viel Zeit für Gespräche auf dem Milchbetrieb. „Im Gegensatz zu Dir bin ich ein Kleinbauer“, stellt Schmitz mit einem Schmunzeln fest. Er hält fünfundvierzig Holstein-Friesian plus Nachzucht auf einer Fläche von fünfundundsiebzig Hektar,

Minuten tausendsechshundertachtzehn Liter Milch ab. „Das muss ich zu Hause erzählen. Die Bauern sammeln und kühlen ihre Milch selbst und kein Tankwagen holt sie ab“, sagt Bharunhanga. Seine Kühe produzieren in der Regenzeit, die fünf Monate dauert, bis zu zweihundertfünfzig Liter Milch am Tag. Die Vermarktung beschreibt er wie eine Spirale: „Als erstes dient die Milch der Selbstversorgung für die Familie. Dann werden die nächsten Nachbarn versorgt, als nächstes die Menschen in der Gemeinde. Was dann noch übrig ist, wird von Händlern mit Motorrädern abgeholt.“ Er hält eine imaginäre Milchkanne in den Händen, die bei seiner Beschreibung mit wandert: „Die verstauen links und rechts vom Gepäckträger jeweils zwanzig Liter Milch. Fünfzig Liter,“ seine Hände gehen weit auseinander, „kommen auf den Gepäckträger und zwanzig Liter“,

permarkt gehe, dann finde ich importierte Milchprodukte wie Butter, Käse, Joghurt und Milchpulver.“

In der Trockenzeit, wenn die Milch knapp ist, bekommt er umgerechnet zwanzig Cent für einen Liter Milch. Sobald der erste Regen fällt, ohne dass auch nur ein Liter mehr Milch produziert wurde, erhält er nur noch zehn Cent für seine Milch. Bernd Schmitz fragt: „Wie viel benötigst Du, um deine Kosten zu decken?“ „Vierzig, besser fünfzig Cent. Dann ist es ein guter Preis“, sagt Bharunhanga. Deshalb sei es gut, dass er mit den Ziegen ein weiteres Standbein habe. Aus seiner Sicht müssten Kooperativen aufgebaut und die Abnahmestrukturen verbessert werden. Er arbeitet in einem regionalen Projekt mit, in dem die Bauern beraten und geschult werden. Nicht zu unterschätzen sei dabei die Gelegenheit, sich auszutauschen. „Da entsteht eine



Patrick Bharunhanga hat in Uganda 87 Kühe, die von Hand gemolken werden.

Die ist schon vierzehn Jahre alt und hat bereits hunderttausend Liter Milch gegeben. Sie hat auch mehr Fleisch als Marlis.“ Bernd Schmitz weiss nicht nur die Namen und Leistungen jeder seiner Milchkuhe, sondern auch eine kleine Anekdote: „Madonna hatte ich mal mit auf einer Demonstration in Bonn. Da hat die Zeitung getitelt: ‚Madonna protestiert in Bonn.‘ Und darunter das Foto von meiner Kuh.“ Er lacht. Bharunhangas Blick haftet auf Madonna. „Meine Kühe sind kleiner.“

Anderer Kontinent, gleiche Probleme

Patrick Bharunhanga ist im Rahmen eines Austauschprogrammes, das die Anliegen von afrikanischen Kleinbauern in das Bewusstsein rücken soll, von Germanwatch und FIAN nach Deutschland eingeladen worden. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft hat im Zuge dessen mit weiteren Organisationen unweit von Bernd Schmitz' Hof die Abendveranstaltung: „Zwischen Exportsubventionen und Marktöffnung – Afrikanische und

wovon zehn Hektar ihm gehören. Außerdem gibt es auf dem Hof noch ein paar Schafe. Bharunhanga berichtet nicht ohne bäuerlichen Stolz von seinen siebenundachtzig Kühen, wobei er die Nachzucht schon mit eingerechnet hat. Seine Kühe werden von vier Angestellten mit der Hand gemolken. Ihm gehören fünfzig Hektar Land. Außerdem hat er noch knapp dreihundert Ziegen, deren Fleisch er vermarktet. Dazu kommen noch weitere zweihundertfünfzig Hektar, auf denen er etwa zweihundert Rinder mäset. Allerdings gehört ihm von dem Mastbetrieb nur etwa ein Drittel. Ein Erbe seines Vaters, das sich Bharunhanga mit seinen Brüdern teilen musste. Aber nur Bharunhanga wollte Bauer werden, und so betreibt er den väterlichen Betrieb für sich und seine Brüder. Seinen Bauernhof und die Hauptstadt Kampala trennen gerade mal sechzig Kilometer.

Milchtransport per Motorrad

Ein armdicker königsblauer Schlauch schlängelt sich vom Tankwagen zum Kühlbehälter und saugt in nur wenigen



Bernd Schmitz hält auf seinem Hof in der Eifel 45 Holstein-Friesian.

Fotos: Thomsen

er beugt sich vorne über, „vor den Fahrer.“

Im Supermarkt gibts Milchpulver

Die Milch wird von den Händlern hauptsächlich an die Molkerei in Kampala verkauft. Manchmal bleibt Patrick Bharunhanga auf seiner Milch sitzen und sie verdirbt einfach. Im Radio kam dann die Nachricht, dass die Molkerei heute keine Milch annimmt. Mal sollen die Rohre gereinigt werden, mal heißt es, der Strom ist ausgefallen. Er glaubt es nicht immer. „Wenn ich in den Su-

Gruppendynamik. Gruppen sind stärker als einzelne“, sagt Bharunhanga. Das bestätigt Schmitz: „Die Situation, dass sich die Interessen der Milcherzeuger bündeln, ist in Deutschland ähnlich.“ Eine verbesserte Abnahmestruktur sei ja nicht alles. Einen wichtigen Hinweis hat auf der Abendveranstaltung noch Paul Otto Schneider gegeben, Vorstandsmitglied der exportorientierten Molkerei Hochwald: „Es ist wirklich nur eine geringe Milchmenge, die den Preis ausmacht.“

Berit Thomsen

Leserbrief

Gedanken zur Blauzungenimpfung

Ich stelle mir die Frage, ob die Blauzungenkrankheit wirklich das ist, was den Landwirten von offizieller Seite gesagt wird, zudem Blauzungenviren zu den biologischen Kampfstoffen gehören und sich beispielsweise das österreichische Heer mit Blauzungenviren im Rahmen von Untersuchungen zu Agroterrorismus beschäftigt. Wie ist zum Beispiel erklärbar, dass auf zwei benachbarten Betrieben auf dem einen Betrieb im Sommer 2007 BTV-Symptome auftraten, auf dem Betrieb 15 Meter weiter nicht? Wie ist zu erklären, dass der erste Betrieb nach der Impfung im Jahr 2008 nach Auskunft des Betriebsleiters Impfschäden von insgesamt 30.000 Euro zu verzeichnen hatte (bei 25 Kühen mit Nachzucht), der zweite Betrieb nicht geimpft hatte und auch in 2008 keinerlei Schäden durch BTV hatte? Wie ist zu erklären, dass ein Milchviehbetrieb hier in Ottenstein 2007 Blauzunge im Betrieb hatte, 2008 wegen der Erfahrungen von Hartwig Schomburg auf das Impfen verzichtete und in 2008 keine Probleme mit BTV hatte?

Ein großer Teil der Impfschäden wie Verkalkungen, Fruchtbarkeitsstörungen, Klauenprobleme und Absesse traten nicht innerhalb von 3 bis 14 Tagen nach der Impfung auf, sondern viel später und zeigen sich zum Teil heute noch bei manchen Tieren, über ein halbes Jahr nach der Impfung. Ungefähr ab November 2008 erhielt ich erstaunlich viele Nachholbelege vom VIT, in dem gebeten wurde, fehlende Kalbungen nachzumelden. Dies dürften in den meisten Fällen Tiere gewesen sein, die im Frühjahr beim VIT als trächtig gemeldet wurden, aber nach der Impfung ihr Kalb resorbiert oder als Trockensteher unbenutzt auf der Weide verkalbt hatten. Viele Milchviehhalter stellten gesundheitliche Probleme bei ihren Tieren fest, die sie in dieser Form noch nicht kannten und die sie erst nach Aufklärung über Impfschäden mit der BTV-Impfung in Verbindung bringen konnten.

Dieses verwundert nicht, wenn man sich anschaut, mit welchem Druck und Umfang an Desinformation von Seiten der Veterinärämter die Zwangsimpfung durchgeführt wurde. Keiner der Landwirte, mit denen ich Kontakt habe, hatte jemals einen Beipackzettel der verwendeten drei Impfstoffe gesehen und wußte auch gar nicht, welcher der drei Impfstoffe verwendet wurde. Bis zum heutigen Tage gibt es keine Veröffentlichungen über die Verträglichkeit der jeweiligen Impfstoffe. Die Tiere wurden auch nicht vor der Impfung auf ihren Gesundheitszustand und damit Impffähigkeit untersucht, obwohl auf den Beipackzetteln steht, dass nur gesunde Tiere geimpft werden dürfen. Erst recht wurden

die Tiere nicht darauf untersucht, ob diese schon vor der Impfung eine Feldinfektion durchlaufen hatten und in Folge dessen schon Antikörper gegen BTV aufwiesen. Herr Dr. Müller gibt ja auch zu, dass eine Impfung in eine bestehende oder schon durchlaufene Infektion zu heftigen Ausbrüchen führen kann. Seine Aussage im Vortrag „die Landwirte hätten vor der Impfung ihre Tiere auf einen eventuellen Feldvirus untersuchen lassen müssen und wären somit selbst schuld an den Schäden, kann ich nur als zynisch bezeichnen. Betriebe, deren Bestand komplett negativ getestet wurde, hatten in 2008 nach Auskunft der Betriebsleiter keine Probleme nach der Impfung. Seltsam ist auch, dass die Impfschäden zum Teil die gleichen Symptome zeigen wie die BTV-Erkrankung selbst und dass Pour-On-Mittel gegen Parasiten wie Bayo-Flor und Butox Symptome wie BTV hervor rufen können. Vieles passt bei BTV einfach nicht zusammen. (...)

Ich würde es sehr begrüßen, wenn alle mit der Blauzunge befassten und von ihr betroffenen Mitbürger sich vorurteilsfrei über die von ihnen gemachten Beobachtungen über BTV austauschen und durch diesen Austausch echtes Wissen geschaffen wird und die zahlreichen Ungereimtheiten, Halbwahrheiten und auch Lügen ein Ende haben – zum Wohle der Tiere und der Bauern. Bei 19 bis 25 Cent für den Liter Milch kann sich kein Betrieb gesundheitliche Einbrüche mehr leisten

Frank Monderkamp
Ottenstein 17.04.09

Ein schönes Lebensgefühl

Obwohl wir keine Rüben anbauen, haben wir vor 16 Jahren das große Los gezogen und beim Preisausschreiben für ein Rübenspritzmittel ein Tandem gewonnen. Seit dieser Zeit sieht man uns nur noch gemeinsam durch die Gegend düsen. Gibt es einen schöneren Ausgleich zum täglichen Arbeitspensum als



... aus Niedersachsen

Eine Bäuerin (50 Jahre) erzählt...

abends die Feld- und Wiesenwege zu beradeln? Alle Themen des Tages können durchgenommen werden, ohne dass der Partner sich verdrückt, einen Kilometer vorweg radelt oder die Altenteiler und die Kinder ihren Senf dazu geben. Kein Fernsehprogramm lenkt ab, kein Telefon stört, dazu Natur pur. Angenehmes mit Nützlichem verbinden: Feldbesichtigung und Färsenüberwachung. Kräfte messen, Einigkeit in scharfen Kurven, gegenseitiges Vertrauen – auch in die Technik, wenn es rasant bergab geht. Kurzurlaub an der Ostsee ohne Tandem? Undenkbar! Dabei sind oft neidische Blicke auf uns gerichtet. Man spürt förmlich, dass die Frauen ihren Partner auch gerne so nah bei sich hätten. Und dann die Kinder, aus denen es so herausprudelt: „Echt cool – ein Zweier-Fahrrad.“ Den Winter überbrücken wir mit gelegentlichen Saunagängen, aber wir warten sehnsüchtig auf die ersten warmen Frühlingstage zusammen mit unserem Therapeuten: Unserem Tandem.



Als gruppentherapeutische Anschaffung abzusetzen: Die holländische Variante für vier Radler

Foto: Max Müller/pixelio

Leserbrief

Zur Nachbaudebatte

Eine Reaktion auf die Leserbriefе von Georg Emmert (02-2009), von Christian Schulin (03-2009) sowie von Hermann Schlagheck (04-2009)

Zur Debatte um die Entrichtung von Nachbaugebühren möchte ich mich als ehemaliger, mehrjähriger Mitarbeiter eines ökologischen Getreidezüchtungsbetriebes zu Wort melden. Mir erscheinen dazu folgende Gedanken wesentlich:

1. Die Art und Weise der Ausforschung von Landwirten, wie von der Saatguttorehand betrieben, ist nicht akzeptabel.
2. Die meisten Landwirte möchten vom Züchtungsfortschritt profitieren und verwenden moderne, von spezialisierten Pflanzenzüchtern gezüchtete Sorten.
3. Wir leben, anders als noch vor einigen hundert Jahren, in einer Gesellschaft der Arbeitsteilung, in der die Existenz eines jeden Gliedes durch eine gerechte Entlohnung sichergestellt werden muss. Das tut die ABL für die Bauern, indem sie z.B. für faire Milchpreise kämpft. Wer sich auf sogenannte Ursprungsrechte beruft, verkennt die Entwicklung der Gesellschaft.
4. Ein Züchter kann nicht allein durch den Verkauf von Saatgut seine Kosten decken, denn: Hat ein Verbraucher seinen Liter Milch ausgetrunken, muss er neue kaufen; hat aber ein Bauer sein Saatgut „verbraucht“, also gesät, entsteht in aller Regel da-

durch neues Saatgut.

5. Es besteht ein gravierender Unterschied zwischen einer Nutzungsgebühr und einer Patentierung. Diese untersagt den Nachbau, jene lässt ihn ausdrücklich zu. Auf Sorten, die mit einer Nachbaugebühr belegt sind, kann jeder Züchter und Bauer frei als gemeinsames Kulturgut zugreifen und daraus neue Sorten entwickeln. Dies ist bei patentierten Sorten nicht der Fall.
6. Für den Bereich der Landwirtschaft hat die ABL erkannt: Ein Druck auf die Erzeugerpreise führt zu der häufig propagierten Logik „Wachse oder weiche!“ Sollte diese Erkenntnis nicht für andere Wirtschaftsbereiche gelten? Wer kleine und mittlere Züchtungsbetriebe (die sich die biotechnologischen Verfahren gar nicht leisten können) mit der entsprechenden Sortenvielfalt erhalten will, muss diesen zu einer Deckung ihrer Kosten verhelfen.
7. Die Rechtsstreite gegen die Ausforschung durch die Saatguttorehand waren notwendig, um zu zeigen, dass eine Atmosphäre des Misstrauens und Verdächtigens nicht tragbar ist.
8. Bei diesem Gegen-etwas-Sein sollte man nicht stehen bleiben. Man könnte nun etwas Positives dazu stellen: beispielsweise die Empfeh-

lung von Sorten, die von Züchtern stammen, die auf biotechnologische Verfahren verzichten, oder die eine gewisse Vielfalt an Kulturen pflegen und sich nicht nur auf die gewinnbringendsten konzentrieren. Damit einhergehen könnte die Empfehlung an die Mitglieder, solche Züchter auch finanziell zu unterstützen.

Alle Beteiligten sollten sich fragen, wo die Arroganzfalle lauert. Wer im Sinne von Punkt 6 auch die Belange anderer sehen kann, entflieht ihr wohl am ehesten.

Jens Müller



Saatgutausteilung im Nord-Osten Kenias.

Foto: Sören-Rudolph / pixelio

Leserbrief

Molkereiaktion Thüringen – Erfurter Milchwerke

Eindrücke eines Milchbauern

Vor den Erfurter Milchwerken fanden sich gestern Abend insg. rund 250 Personen ein, mind. die Hälfte spontan vom Thüringer Bauernverband organisiert, zu dem Zeitpunkt eine nette Geste und grundsätzlich positiv zu sehen. Aber die Vorgänge im Laufe der Veranstaltung sollten dies relativieren. Anwesend war ebenfalls Presse, MDR Fernsehen und die Molkereileitung sowie ein Aufsichtsrat. Nach den Ansprachen, als es etwas ruhiger wurde, bereiteten der MDR und der Vizepräsident des th. BV ein Interview vor, besser gesagt die Reporterin (Susann Reichenbach Anmerkung d. Redaktion) suchte gezielt nach ihm mit Namen. In einem klärenden Gespräch

wurde die nette Dame darauf hingewiesen, daß dies eine vom BDM organisierte Veranstaltung sei und der BV lediglich auf diesen Zug aufgesprungen ist. Wir forderten eine ausgewogene Berichterstattung wo – wenn schon – beide Verbände ihren Standpunkt darlegen können müssen. Die nette Dame antwortete daraufhin: „Nein, es ist vom Sender ausschließlich ein Interview mit dem BV gefordert!“ Für mich ein eindeutiger Hinweis auf eine gewollt gesteuerte Berichterstattung. Die nette Dame vom MDR ließ sich nicht von dieser Vorgabe abbringen. Als „Protestmaßnahme“ gegen diese Doktrin übten wir uns während des Interviews im zivilen Ungehorsam und er-

höhten extra den Lautstärkepegel, entgegen der dringenden Aufforderung vom MDR bei diesem Interview ruhig zu sein. Zumindest eine kleine Lektion an die verantwortliche Dame vor Ort, die kurz vor dem Interview merklich unsicherer wurde und noch einmal extra herüberkam und dringend um Ruhe bat. Überhaupt soll nach Aussage der thür. Kollegen den ganzen Tag nur der BV in den örtlichen Medien als Organisator genannt worden sein. Kein Wort vom BDM und unseren Forderungen, leider. Der Fernsehbericht fällt dementsprechend aus (www.mdr.de/nachrichten/6290556.html). Zumindest visuell konnten wir etwas medial in Erscheinung treten. Nach dem Inter-

view kam es noch zu einem weiteren klärenden Gespräch zwischen Beteiligten, wo natürlich die Molkereiseite wieder komplett jegliche Verantwortung leugnete, der BV die Argumentation der Molkerei unterstützte und somit die Aktion gezielt entschärft hat, Leider. Die Suche nach „vernünftigen“ Fernsehberichten gestaltet sich heute recht schwer. Alles klingt irgendwie weichgespült, abgeschwächt und gesteuert - mehr als sonst. Ich suche weiter.

MfG Christian Thiele

Was bewegt uns nach dem Öl?

Wie wird es weitergehen wenn sich die Ölvorräte in schon 10 Jahren ihrem Ende zuneigen? Ist eine Mobilität denkbar, die mit den Ressourcen langfristig schonend umgeht und sie nutzt, anstatt zu verbrauchen? Hoffnungen, die Kernenergie könnte Aufschub bringen, werden sich nicht erfüllen, denn die Vorräte an spaltbarem Material haben ihren Förderhöhepunkt ebenfalls bereits überschritten. Und der Weltenergieverbrauch steigt weiter. Feinstaubbelastung und die Klimaveränderung zwingen zum Handeln. Vielversprechende regenerative Energiequellen sind Wind- und Wasserkraft, Sonnenenergie und Biomasse. Der Autor Matthias Brake geht auf diese vielfältigen alternativen Energiequellen ein und beleuchtet ihre Vor- und Nachteile. Das Elektroauto der Zukunft, das Drei-Liter Auto, das Hybridauto und etliche weitere, den Verbrauch reduzierende Maßnahmen, stellen eine Alternative zu dem größten Klimasünder und Verschlinger von Erdöl dar - dem privaten, mit Benzin oder Diesel angetriebenen Autoverkehr. Auch Schiffe, Bahnen und Flugzeuge können sich mit regenerativen Energien bewegen. In der weltweit zunehmenden Verstärkung und dem dortigen Verkehr liegt eine große Herausforderung. Aber dort entwickelt sich auch die Mobilität von morgen. Wenn Städte mit intelligenten Verkehrsleitsystemen gebaut werden und darauf verzichtet wird, den Individualverkehr weiter auszubauen. Dieses

Buch stellt vor, was Mobilität im regenerativen Zeitalter bedeutet. Es vertieft sich in mögliche Optionen, zukunftsfähige Technik und eine Renaissance der menschenfreundlichen Stadt und bietet einen aufschlussreichen Ausblick über Möglichkeiten und Alternativen zur Erdölnutzung. *mb*

Matthias Brake, *Mobilität im regenerativen Zeitalter*; 143 Seiten, ISBN 978-3-936931-61-7, 16,00 Euro; zu beziehen über den ABL-Verlag



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2009 2008 2007 2006 2005 2004 2003
19,80 € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Aus dem Moor, Stückpreis 11,00 € NEU!
 Expl. Ein Bauer erzählt, Stückpreis 10,00 € NEU!
 Expl. Schubkarrenrennen, Stückpreis 11,00 €
 Expl. Nehmt und Euch gegeben, Stückpreis 27,40 €
 Expl. Bewegte Zeiten, Stückpreis 9,90 €
 Expl. Der Wollmützenmann, Stückpreis 11,90 €
 Expl. Matthias Stührwoldt live, CD, Stückpreis 13,90 €
 Expl. Verliebt Trecker fahren, Stückpreis 9,90 €
 weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Kurzes am Rande

Kulturgeschichte der Kuh

Ob Stadtmensch, Schweinehalter, Milchbäuerin oder Milchbauer – sie alle erfahren in diesem Buch ganz viele neue Seiten von der Kuh: Dass ihr die Schöpfungsmythen vieler Völker eine Rolle beim Weltentstehungsprozess zuweisen, dass die alten Ägypter das Firmament als Unterleib einer gewaltigen Himmelskuh ansahen, dass sich das Hirtenvolk der Fulbe die Entstehung der Welt aus einem Tropfen Milch der heiligen Urkuh Itoori erklärt, dass laut germanischer Mythologie das Überleben der ersten Erdenbewohner, der Urkuh Audhumla, ihrer Milch und ihrer warmen Zunge zu verdanken ist, dass die ersten Buchstaben des hebräischen und griechischen Alphabets („alpha“) den Kopf einer gehörnten Kuh symbolisieren.

Kein Wunder, lieferten doch die Kühe seit der Vor- und Frühgeschichte den Menschen nicht nur stetig Milch und Zugkraft, sondern nach ihrem Tod auch Brennmaterial für Lampen, Häute für Kleidung und Zelte, Knochen für Werkzeuge und Nadeln. Sie hatten maßgeblichen Anteil an der Sesshaftwerdung der Jäger und Sammler und damit zur Entstehung ortsgebundener Hochkulturen, dienten als Währung und als „Erzieherinnen“ zu Dauerhaftigkeit und Sorgfalt in der Landwirtschaft.

Florian Werner erklärt uns die symbiotische Beziehung zwischen Mensch und Rind und die Prägung ganzer Kulturen, Landschaften und Erdteile durch die Kuh. Er beschreibt und zitiert dazu Mythen, Märchen, Romane, Gedichte, Theaterstücke, Filme, Gemälde, Kuhparaden, Plattencover, Comics, Werbespots, Redewendungen oder Steak- und Hamburger-Esskulturen. Im Gegensatz zum militärisch genutzten Pferd sieht er in der Kuh eine pazifistische und mütterliche Zivilistin, die für Normalität, Alltag, Nahrung und Nachwuchs sorgt. Er beschreibt Schönheit, Friedfertigkeit und Schwermütigkeit der Kuh, aber auch ihre Verächtlichmachung als „blöd“, „kuhäugig“ oder BSE-wahnsinnig.

In den einzelnen Kapitel geht es um verschiedene Aspekte des Zusammenlebens zwischen Kuh und Mensch: um die Kuh als Handelsware, als Fleisch- und Milchlieferantin, als Sexualobjekt, als Werbefläche, als Heilige und Teufelin, als Sklavin, Seelenrösterin, als Gefahr für die Umwelt und Teil eines agrarindustriellen Rinderkomplexes. Was alles auf eine Kuhhaut passt (90 DIN-A4-Blätter), was uns das Muhen sagen will, weshalb das Beutetier Kuh sich zumeist ruhig verhält und weshalb Kühe in den Himmel kommen. Und es geht natürlich auch um die sanften, dunklen, tiefen und rätselhaften Augen der Kuh, die seitwärts am Kopf liegen und so eventuelle Angreifer hinten besser erkennen. Weil sich die Blickfelder ihrer Augen so kaum überschneiden, können Kühe Entfernungen nur schwer abschätzen. Weil den Kühen zudem der gelbe Fleck auf der Netzhaut fehlt, sehen sie die Welt nur verschwommen. Sie nehmen vor allem gelb-grüne Farben wahr, sehen nachts besser, hören und riechen hervorragend und können mit ihrem Geschmackssinn ganz viele Futterkomponenten unterscheiden. Sie sind – wie Autisten – extrem detailorientiert, registrieren eine Flut kleinster Veränderungen und können deshalb nur schwer mit manchen neuen Vorkommnissen zurechtkommen, wie z.B. einer neuen Stalltür. Sie leben, so der Autor, „in einer anderen kognitiven Seifenblase als wir“. Oder, wie mir mal ein kluger Bauer sagte: „Eine Kuh lebt nach innen und erkennt ihre Umwelt, indem sie wiederkäuend in den Bestandteilen ihres Futters blättert.“ *en*

Florian Werner, *Die Kuh*, 235 Seiten, ISBN: 3-312-00432-2; 19,90 Euro. Zu beziehen über den ABL Verlag



(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,-€); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für Bauernstimme Juni 2009 ist am 15. Mai 2009.

Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, z 07551-63609

● KATZEN WÜRDEN MÄUSE KAUFEN oder Reico. Feucht- und Trockenration für Hunde und Katzen ohne chemische Zusätze erhalten Sie bei Erika Sievers und Wilfried Durchholz, #T 04166/1422. Infos: www.reico-buxtehude.de

Champignon-Kompost -nachhaltig und kostengünstig düngen-

Nährstoffgehalt: Stickstoff: 9 kg/t Phosphor: 7 kg/t Kalium: 12 kg/t
Einsatz im Ökologischen Landbau mit Kontrollstelle absprechen!

Tel: 04752-844953-0 www.fawi-naturdung.com

 **FAWI** Naturdung GmbH
Handelsunternehmen



Stellenausschreibung

Wir sind das führende Qualitätsfleischprogramm für Produkte aus besonders tiergerechter Haltung und suchen für unseren Standort in Berlin zum 01.07.2009 eine/n

Kundenbetreuer/in in Voll/ oder Teilzeit

Eine Stellenbeschreibung finden Sie unter:
www.neuland-fleisch.de

Bitte senden Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen und Gehaltsvorstellungen an:

NEULAND e.V., Bundesgeschäftsstelle,
Baumschulallee 15, 53115 Bonn

30 Jahre Widerstandsgeschichte und Gelebtes Leben

8. Mai 2009, Lüchow
Unter der Moderation des Lüchower Propstes, Stephan Wichert-von Holten, begegnen sich die beiden Gorleben-Kontrahenten Marianne Fritzen und Klaus Pogendorf und stellen sich den Fragen des Publikums.

19.00 Uhr Lesung zur Eröffnung der Plakatausstellung des Gorleben Archivs im Kreishaus Lüchow. Die Ausstellung „30 Jahre Widerstandsgeschichte“ ist bis zum 12. Juni montags bis donnerstags von 8.30 bis 16.00 und freitags von 8.30 bis 12.30 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Susanne Kamien, ☎ 05841-1829, i.wend@susanne-kamien

Leben, arbeiten und erholen im ländlichen Raum

14. Mai 2009, Schwerin
Landesweite agrarpolitische Tagung von AbL, BUND und MILAN. Am Vormittag wird die Situation des ländlichen Raumes dargestellt, insbesondere der Zusammenhang zwischen bestehenden landwirtschaftlichen Strukturen und der möglichen regionalen Entwicklung durch bäuerliche Landwirtschaft, Handwerk und nachhaltigen Tourismus. Nachmittags werden alternative Betriebskonzepte vorgestellt wie z.B. die NEULAND-Schweinehaltung, Milcherzeugung vom Grünland und ein erfolgreiches Biohotel.

10.00 bis 16.00 Uhr im Schleswig-Holstein Haus in Schwerin
Kontakt: Dr. B. Roloff, BUND, ☎ 0385 52133913; Jörg Kröger, MILAN, ☎ 039991-36723

Unsere Milch ist zu wertvoll, um sie zu verschleudern!

18. Mai 2009, Salzburg/Österreich
Fast die Hälfte der Milchbauern hat in Österreich seit dem EU-Beitritt aufgegeben! Die Agrarpolitik setzt alles daran, die Bauernmilchpreise niedrig zu halten, damit die EU-Agrarkonzerne im weltweiten Wettbewerb weiterhin an vorderster Stelle mitmischen können. Wir Grünen wollen an diesem Abend Alternativen zu dieser längst überholten Agrarpolitik aufzeigen. Maßgebliche Agrarpolitiker behaupten, zu ihrer Politik des weltweiten Freihandels gebe es keine Alternative. Das läuft praktisch auf ein Denkverbot (!) hinaus. Unterlaufen wir dieses Denkverbot und denken wir gemeinsam laut über mögliche Alternativen nach! Podiumsdiskussion mit Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, EU Vizepräsident des Agrarausschusses; Engelbert Neubauer, Landessprecher der IG-Milch Salzburg; NR-Abg. DI Dr. Wolfgang Pirklhuber, Landwirtschaftssprecher der Grünen; Mag. Astrid Rössler, Agrarsprecherin der Grünen im Salzburger Landtag; Thomas Waitz, Grüne Bäuerinnen und Bauern Steiermark; Andreas Rimmelberger, AbL Chiemgau-Inn-Salzach

19 Uhr 30 im Heffterhof, Maria-Cebotari-Str. 1-7, 5020 Salzburg, Österreich
Kontakt: DI Johanna Gerhalter u. Georg Sams, Sprecher der GBB Salzburg, ☎ ++06274 20425, Johanna.gerhalter@sol.at

Veranstaltungen

Gewürzhandel einst und jetzt

23. Mai bis 13. September 2009, Schwäbisch Hall
Sonderausstellung im Hällisch-Fränkischen Museum Schwäbisch Hall in Kooperation mit dem Indian Forum Schwäbisch Hall. Umfangreiches Begleitprogramm.
Kontakt: ☎ 0791 751-289

Agro-Gentechnik

27. Mai 2009, Wiesmühl/Alz
Das geht uns alle an, denn es gibt kein zurück! Bei den Verbrauchern und bei den Bauern herrscht große Abneigung gegenüber der „Grünen Gentechnik“. Von den Gentechnikkonzernen und von der Politik werden die Risiken und Gefahren für die Gesundheit von Mensch und Tier verharmlost oder einfach verschwiegen. Ein nebeneinander von genveränderter, konventioneller und biologischer Landwirtschaft gibt es nicht. Die gentechnisch veränderten Pflanzen breiten sich durch Pollenflug, Insekten und verunreinigtes Saatgut aus. Sind gentechnisch veränderte Organismen erst einmal in der freien Natur, sind sie nie wieder rückholbar. Die Aktionsbündnisse für Agro-Gentechnik-freie Landkreise Traunstein, Berchtesgadener Land und Altötting setzen sich dafür ein, dass unsere Landkreise frei bleiben von Gentechnik-anbau und wieder frei werden von genveränderten Futtermitteln und von genmanipulierten Lebensmitteln. Die Referenten sind Christoph Fischer und Pfarrer Michael Witt. Hubert Mittermaier, bekannt als der Gstanzlsänger „Erdäpfelkraut“ begleitet humorvoll den Abend. Für musikalische Unterhaltung sorgen die „Andre-asbläser“ aus Engelsberg.

19:00 Uhr im Festzelt Wiesmühl/Alz, Zelteinlass ab 18:00 Uhr, Eintritt frei
Veranstalter: Benno Wieser, ☎ 08634-8012 oder -5811, Zivilcourage und Umweltschutz Wiesmühl

NABU-Grünlandgipfel

27. Mai 2009, Berlin
In Deutschland hat der Verlust von Wiesen und Weiden alarmierende Ausmaße angenommen. Einige Bundesländer vermelden mittlerweile deutlich über fünf Prozent Grünlandverlust. Dies ist aus Klimawie aus Naturschutzsicht besonders negativ, da Grünland sowohl für den Erhalt der biologischen Vielfalt als auch als CO₂-Senke eine große Bedeutung hat. Auf der Veranstaltung sollen die notwendigen Maßnahmen zum Erhalt der Wiesen und Weiden diskutiert und Perspektiven für eine naturverträgliche, ökonomisch rentable Bewirtschaftung des Grünlands erarbeitet werden mit: Christian von Boetticher, Umwelt- und Landwirtschaftsminister Schleswig-Holstein; Prof. Beate Jessel, Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz; Prof. Alois Heißenhuber, TU München; Gerd Müller, Parlamentarischer Staatssekretär BMELV, und einer Podiumsdiskussion mit Vertretern des Deutschen Bundestages: Katharina Reiche (CDU/CSU), Ulrich Kelber (SPD), Bärbel Höhn (Grüne), Hans-Michael Goldmann (FDP), Dr. Kirsten Tackmann (Linke)

Aufgrund begrenzter Plätze ist rasche Anmeldung wichtig unter www.NABU.de/gruenlandgipfel, Infos: Florian Schöne, NABU-Referent für Agrarpolitik und Bioenergie, ☎ 030 284984-1615, Florian.Schoene@NABU.de

Gerechter Milchpreis

29. Mai 2009, 85560 Ebersberg
Was kann die Politik dafür machen? Referenten sind: Prof. Onno Poppinga, ehem. Uni Kassel Fachgebiet „Landnutzung und regionale Agrarpolitik“; Barbara Scheitz, Chefin der Andechser Molkerei; Balthasar Brandhofer, Vorsitzender des BDM Bayern; Jakob Niedermaier, Vorsitzender der Milcherzeugergemeinschaft Wasserburg-Ebersberg
10.00 Uhr bis 15.00 Uhr bei Familie Hans Fuchs, Pollmoos 10, 85560 Ebersberg
Veranstalter: Sepp Daxenberger, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Kontakt: Andreas Rimmelberger, ☎ 08679-6474

Zertifizierung

29. Mai 2009, Berlin
Die Konferenz richtet sich an Vertreter aus den Bereichen Landwirtschaft, Lebensmittelverarbeitung, erneuerbare Energien, Forstwirtschaft und Holzverarbeitende Industrie.
CU CERT Deutschland GmbH, ☎ 030 5478-2353, Fax: -2309, berlin@controlunion.com, www.cu-cert-konferenz.de

Vielfalt auf dem Acker

09. Juni 2009, Münsingen/Schweiz
Abendliche Flurbefahrung zu Erhalt und Förderung der Artenvielfalt im Kulturland.
Forschungsinstitut für biologischen Landbau FiBL, Elisa Lucia, 5070 Frick, Schweiz, ☎ ++41 (0)62 865 72-72, Direkt: -72, elisa.lucia@fibl.org, www.bioaktuell.ch/nc/de/aktuell/agenda/termin/article/vielfalt-auf-dem-acker-nutzen-fuer-puur-und-natur.html

Deutscher Landschaftspflegetag

24. bis 26. Juni 2009, 24960 Glücksburg
Landbewirtschaftung ist wieder interessant geworden. Der Anbau von Energiepflanzen konkurriert zunehmend mit der Nahrungsmittelerzeugung. Der Nutzungsdruck auf Extensivflächen steigt. Wie lassen sich unter diesen Umständen Artenvielfalt und landschaftstypische Eigenschaften sichern? Beim Deutschen Landschaftspflegetag 2009 werden Strategien diskutiert, mit denen Naturschutz und Landschaftspflege ihren Beitrag für die Gesellschaft trotz steigender Flächenansprüche dauerhaft erbringen können. Wir wollen gelungene Beispiele vorstellen und neue Entwicklungen anstoßen. Der Deutsche Landschaftspflegetag bietet ein Forum für die Diskussion und praktische Tipps zur aktuellen Zusammenarbeit von Politik, Landwirtschaft und Landschaftspflege.
Deutscher Verband für Landschaftspflege DVL, ☎ 0981 4653-3540, Fax: -3550, sekretariat@ipv.de



Bauernhöfe statt Agrarfabriken!

Lebenswerte ländliche Regionen oder menschenleere Agrarsteppe?

Am Dienstag, den 19. Mai 09

10 -17 Uhr in Berlin –Mitte

Tagungssaal der Berliner Stadtmission

Lehrter Strasse 68 (in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes)

Politische Fachtagung zur ländlichen Entwicklung in Ostdeutschland: mit interessanten Referenten und Diskussionen u.a. mit Professor Dr. Schroeder (Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat der FU Berlin, Eröffnungsvortrag: „Die veränderte Republik – Gewinner und Verlierer der Wende“. Dr. Jörg Gerke (Buchautor „Das ostdeutsche Agrarkartell“). Professor Hubert Weiger (Bundesvorsitzender des BUND), Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf (Bundesvorsitzender der AbL), Eckhard Niemann (Agrarindustrie - Experte) sowie Vertreter/innen von ostdeutschen Initiativen.

Tagungsbeitrag: 30,-Euro (bei der Tagung zu zahlen)

Veranstalter : Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Nähere Informationen und Anmeldungen bis zum 15. Mai 09

bei Georg Janßen, AbL-Büro:

Tel.: 04131-407757, Fax: 04131-407758, Email: abl_de@yahoo.de



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330

Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114

Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147

Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/988361

Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774

Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118

Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247

Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.:

03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,

Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, amkloster@t-online.de;

Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, biohof-claar@freenet.de;

Mühlthal: Martin Trieschmann, Tel.: 06151/145480, m.trieschmann@t-online.de;

Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, k.s.vetter@t-online.de;

Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, k.hellwig@web.de;

Homburg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218

Baden-Württemberg

Landesverband: Jochen Fritz, Telefon: 0171-8229719, e-mail: fritz_jochen@web.de

Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;

Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584

Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278

Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Wolfgang König, Tel.: 09921/2843, e-mail: abl-bayern@web.de; Edith Liersch, Tel.: 08562/870, www.abl-bayern.info.

Geschäftsstelle: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.:

08679/6474, Fax: 08679/9130145

Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer, Tel.: 08847/804,

Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Andreas Remmelberger,

Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635

Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480; Anton Prechtel, Tel/Fax: 09265/7198

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg,

Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,

E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen,

Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Völling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg

Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 89,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 124,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 34,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 59,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 1,- Euro

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort: _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bauern und Bundesliga

Fans von Bundesliga-Vereinen gibt es unter Bauern und unter Bauernkindern prozentual vermutlich genau so viele wie in anderen Berufen. Aber bei den Bundesligaspielern, da hapert es doch gewaltig. Da liegt der Anteil der Bauernsöhne prozentual doch weit hinter dem Bauernanteil in der Bevölkerung. Da gibt es nur Thomas Hitzlsperger beim VfB Stuttgart und Nelson Valdez bei Borussia Dortmund. Und schaut man zurück, dann sieht's auch nicht besser aus. Da kommt einem nur Hans-Peter Briegel in den Sinn, die ehemalige „Walz aus der Pfalz“ beim 1. FC Kaiserslautern. Und dann ist auch schon Schluss mit den Kickern vom Hof.

Woran liegt das, haben wir was falsch gemacht? Ich höre schon die billige Entschuldigung, dass viele Bauernhöfe eben in kleinen Dörfern liegen, in denen die Zahl der Kinder eben gering ist und nicht mal für eine Straßenfußball-Mannschaft reicht. Stimmt natürlich, erklärt aber nicht alles. Denn bei anderen Sportarten sieht es doch auch nicht besser aus: Da fallen einem als Bauernkinder auch nur der Radrennfahrer Markus Fothen (aus einem Schweinebetrieb) ein oder die Handball-Torfrau Clara Woltering (aus einem Milchviehbetrieb). Zugegeben, unter den Reitern gab es jahrzehntelang etliche Bauernkinder, was ja dadurch erklärbar ist, dass man auf Bauernhöfen leichter Pferde halten kann als in der Hamburger Innenstadt. Aber auch dieser Sport ist längst von den Bauernhöfen wegewardert in die Großställe von Agrarindustriellen wie Schockemöhle und Co..

Liegt unser Defizit an bäuerlichen Bundesligaprofis vielleicht daran, dass wir Bauern zu viele fußballfremde Arbeiten ausführen? Wohl kaum. Betrachtet man die Trainingsprogramme der Profis, dann sieht man, wie sie Gewichte heben und ziehen (wie Saatgut- und Kartoffelsäcke oder Strohballen), wie sie aus dem Stand schnell antreten und zickzacklaufen (wie

wir beim Treiben von Färsen oder Kühen), wie sie sich dehnen und strecken (wie beim rückwärtigen Einstecken des Bolzens in das Maul der Anhängerkupplung) oder wie sie ihren Oberkörper hin- und herdrehen (wie bei allen Treckerarbeiten mit Anbau- oder Anhängegeräten). Klar, das Ballgefühl wird durch bäuerliche Arbeiten nicht speziell gefördert, aber das war ja bei der Tätigkeit von Beckenbauers Vater als Postobersekretär

auch nicht der Fall. Und dieses Beispiel entkräftet auch das Argument, die moderne Landwirtschaft mit ihrer Elektronik- und Hydraulik-Automatisierung und ihrer Schreibtischarbeit habe den Bauern der körperlichen Betätigung und damit dem Fußball zu sehr entfremdet. Denn dann müssten ja aus den Milchviehbetrieben mit ihrer Melk- und Stallarbeit die Leistungssportler ja nur so hervorsprießen!



Welcher von beiden hat die Kühe gemolken?

Foto : Uwe Steinbrich/pixellio

Nein, die Ursache unserer Profi-Misere liegt außerhalb der bäuerlichen Arbeit: Ein junges Fußballtalent braucht eine gute Betreuung im Fußballverein. Und dazu müssen die Eltern Zeit haben zum Hin- und Herfahren und zur Begleitung bei den Heim- und Auswärtsspielen ihrer Kinder. Und da hat ein Postobersekretär in einer Groß- oder auch Kleinstadt vermutlich nicht nur kürzere Wege, sondern auch mehr Zeit als ein Bauer auf dem Lande. Und obwohl sich ganz viele Bauernfamilien diese Zeit trotzdem abknapsen – eins steht fest: Wenn wir mehr Bauernkinder im aktuellen Sportstudio sehen wollen, dann brauchen wir mehr freie Zeit!

Womit wir bei der Agrarpolitik sind, bei der bäuerlichen Interessenvertretung und beim Kampf für einen gerechten Milchpreis – durch mehr Einkommen bei weniger Kühen und weniger Arbeit. Der CMA-Spruch „Gutes vom Bauern“ in der Sportschauwerbung bekommt so einen umfassenderen Sinn: Nicht nur gute Milch, sondern auch gute Nachwuchstalente vom Bauernhof – durch die gemeinsamen Aktionen für faire Preise! Man lernt dabei ganz Elementares auch für das Fußballspiel: den Blick für den Nebenmann, den mannschaftsdienlichen Einsatz und den erfolgreichen Einsatz des einen für den anderen. Nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Nach dem Streik ist vor dem Streik.

en

unabhängige bauernstimme: für einen guten Doppelpass

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetentin / des Abonnetenten
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 492221